



Bürgschaft

S. 3

Mit einer Bürgschaft von fünf Milliarden Euro soll die notleidende WestLB wieder auf Zukunftskurs gebracht werden. Reicht dieser „Schild“, um die Bank zu konsolidieren oder zahlt am Ende der Steuerzahler die Zeche?

Blackout

S. 7

Die Investitionen in neue Kraftwerke stocken, die Atommeiler werden wie verabredet vom Netz genommen. Die Koalition meint, wenn es dabei bleibt, wird es in NRW unweigerlich zu Stromabschaltungen kommen.

Bespitzelung

S. 8

Die Überwachung von Arbeitnehmern in Firmen muss sich an den engen Rahmen halten, den die Gesetze ziehen. Der Landtag macht klar: Es gibt keinen Freibrief für grenzenlose Schnüffelei am Arbeitsplatz.

Baumfrei

S. 15

Das Land beseitigt Engpässe an den Fernstraßen. Beim Ausbau auf drei Spuren an Autobahnen werden Bäume gefällt – aber wie? Jedenfalls nicht so, als sei eine Bombe explodiert, kritisiert die SPD im Unterausschuss.

NRW und die Türkei – in Freundschaft verbunden

Inhalt

Inhalt/Kommentar	2
Ein „Schirm“ für die WestLB	3
<i>Lob und Tadel für die Rettungspläne des Finanzministers</i>	
„Wohnen muss bezahlbar bleiben“	4
<i>Opposition kritisiert Wohnungspolitik der Koalition/Aktuelle Stunde</i>	
Erfolg oder handwerkliche Fehler?	5
<i>Koalition und Opposition streiten über das Kinderbildungsgesetz</i>	
Kopfnoten im Kreuzfeuer	6
<i>SPD: Koalition soll ihre Haltung klären – Grüne: „Unfug“ beenden</i>	
Stromlücke oder nicht?	7
<i>Koalition drängt auf Neubauten und Laufzeitverlängerung</i>	
Mehr Schutz vor Bespitzelung	8
<i>Landtag gegen illegale Überwachung von Arbeitnehmern</i>	
Auf dem Weg nach Westen	9
<i>Parlamentarischer Abend im Zeichen der deutsch-türkischen Freundschaft</i>	
„Sprache ist der Schlüssel“	10-11
<i>Interviews mit Mitgliedern der Deutsch-Türkischen Parlamentariergruppe</i>	
„Interessant und nie langweilig“	12
<i>Petitionsausschuss legt Ergebnisse seiner Arbeit dem Plenum vor</i>	
Videoüberwachung im Visier	13
<i>Experten befürworten Kameraeinsatz auf öffentlichen Plätzen</i>	
Aktuelles aus den Ausschüssen	14
„Als ob eine Bombe eingeschlagen hätte“	15
<i>Abholzmaßnahmen des Landesbetriebs Straßenbau in der Kritik</i>	
Aus den Fraktionen	16-17
Schule und Kultur	18
<i>Bildung ist mehr als Wissensvermittlung: Musisches einbeziehen</i>	
Porträt: Landtagspräsidentin Regina van Dinter	19
Impressum	19
Geburtstage und Personalien	20

Türkei – näher als man denkt ...

Es war die Stunde der gegenseitigen Freundschaftsbekundungen und der politischen Willenserklärungen. Der erste Parlamentarische Abend, der nicht eine Region unseres Landes vorstellte, sondern eine ausländische Nation in den Mittelpunkt stellte, die Türkei. Ausland? Das trifft den Kern nur bedingt: 700.000 türkische Mitbürgerinnen und Mitbürger leben und arbeiten in Nordrhein-Westfalen.

So war der Parlamentarische Abend auch Symbol und Zwischenbilanz der deutsch-türkischen Annäherung. Und ein Abend der Klarstellung: Die Türkei und ihre Menschen drängt es in die Europäische Union. Sie sind entschlossen, alle Hürden zu nehmen.

Nun war dieser 16. April nicht der Termin, um das Problem „Privilegierte Partnerschaft oder Vollmitgliedschaft“ zu lösen. Aber er war die gute Gelegenheit, sich näher kennenzulernen. Wie geht das besser, als über die Kultur? Und über den touristischen Austausch: Millionen Deutsche haben bereits an den nahöstlichen Gestaden Urlaub gemacht. Manche sind in das Land so vernarrt, dass sie im sonnigen Alanya eine mitgliederstarke deutsche Kolonie gegründet haben, mit eigenen Zeitungen und einem eigenen deutschen Friedhof.

VERBUNDENHEIT

Und hierzulande? Türkischstämmige Unternehmer schaffen Arbeits- und Ausbildungsplätze, sie haben 24.000 Unternehmen gegründet. Der Jahresumsatz dieser Betriebe mit 120.000 Arbeitsplätzen liegt bei elf Milliarden Euro. Seit 1996 erhöhten sich die nordrhein-westfälischen Exporte in die Türkei um rund 170 Prozent. In Köln arbeitet seit einigen Jahren die Türkisch-Deutsche Handelskammer. Ein knappes Drittel aller deutschen Direktinvestitionen kommt aus NRW. Eine Deutsch-Türkische Universität in Istanbul steht vor der Gründung.

Eine eigene Deutsch-Türkische Parlamentariergruppe kümmert sich um die Vertiefung der Beziehungen zwischen Nordrhein-Westfalen und dem Land am Bosphorus. Es gibt Austausch zwischen Schulen und Universitäten; das Schulministerium beziffert die Schulpartnerschaften auf 41. In Essen forscht, berät und publiziert das Zentrum für Türkeistudien. Nordrhein-westfälische Städte unterhalten Partnerschaften mit türkischen Kommunen. Istanbul ist zusammen mit dem ungarischen Pecs Partnerstadt im Rahmen der Kulturhauptstadt 2010.

Da wird man, wie an diesem Parlamentarischen Abend, doch einmal feiern dürfen! JK

Ein „Schirm“ für die WestLB

Lob und Tadel für die Rettungspläne des Finanzministers

Mit einer Landesbürgschaft in Höhe von fünf Milliarden Euro möchte Finanzminister Dr. Helmut Linssen (CDU) die angeschlagene Westdeutsche Landesbank (WestLB) stärken. Die Bank ist im Zuge der weltweiten Finanzkrise in die Schieflage geraten. Für den vorgesehenen Risikoschirm brachte der Finanzminister den Ersten Nachtragshaushalt 2008 (Drs. 14/6470) in die parlamentarischen Beratungen ein. Höchst unterschiedlich bewerteten die Abgeordneten die Rettungspläne bei der ersten Lesung im Plenum.

Warb eindringlich am Rednerpult im Landtag um Unterstützung für die Landesbank: Finanzminister Dr. Helmut Linssen (CDU). Fotos: Schälte



Gisela Walsken (SPD)



Volkmär Klein (CDU)



Angela Freimuth (FDP)



Ewald Groth (GRÜNE)

Finanzminister Dr. Helmut Linssen (CDU) bat die Abgeordneten im Landtag, seine Pläne zur Konsolidierung der WestLB zu unterstützen. Um eine Garantie des Landes in Höhe von fünf Milliarden Euro abgeben zu können, sei eine entsprechende Ermächtigung im Haushaltsgesetz notwendig. Der Finanzminister betonte, diese Ermächtigung habe keine negativen Auswirkungen auf die Nettoneuverschuldung des Landes, die für das Jahr 2008 auch weiterhin bei 1,77 Milliarden Euro liege. Zugleich erklärte Linssen, für Nordrhein-Westfalen sei die gefundene Lösung Teil eines tragfähigen Konzepts für die Zukunft der WestLB. „Die Finanzkrise hat uns in den letzten Monaten gefordert und herausgefordert. Die Landesregierung hat diese Herausforderung zusammen mit den anderen Eigentümern der WestLB angenommen“, so Linssen.

Gisela Walsken (SPD) gab der Landesregierung die Schuld für die Krise der WestLB. Insbesondere Ministerpräsident Jürgen Rüttgers habe in den vergangenen Monaten tatenlos zugesehen und die Bank in die Immobilienkrise schlittern lassen, so Walsken. Sie machte Rüttgers dafür verantwortlich, „dass ab sofort von jedem Euro Steuereinnahmen in den nächsten Jahren zehn Cent auf die Risiken der Westdeutschen Landesbank entfallen.“ Die finanzpolitische Sprecherin der SPD hielt außerdem die Entscheidung für fraglich, die neu gegründete Zweckgesellschaft für die WestLB in Irland anzusiedeln: „Warum sitzt diese Gesellschaft nicht in Nordrhein-Westfalen – vielleicht zur Stärkung der Finanzplätze Düsseldorf und Münster?“ Der Landtag müsse sich nun detailliert mit den Plänen des Finanzministers auseinandersetzen.

Volkmär Klein (CDU) hielt es für „abenteuerlich“, den Ministerpräsidenten und den Finanzminister für die Krise der WestLB verantwortlich zu machen. „Wenn jemand schuld ist, dann sicherlich die Rating-Agenturen“, meinte Klein und lobte das

vorgelegte Konsolidierungskonzept. Die Pläne zur Risikoabschirmung, zur Restrukturierung und zur Neuausrichtung des Geschäftsmodells der WestLB seien eine „Blaupause“ für die Entwicklung der Landesbanken in Deutschland. Der Landtag müsse sich nun intensiv mit den Auswirkungen auf den Landeshaushalt befassen. Klein zeigte sich froh darüber, dass die Fraktionen im Haushalts- und Finanzausschuss einvernehmlich eine Anhörung zu den anstehenden Fragen vereinbart hätten. „Dieses Vorgehen ist im Interesse der Landesbank und der Sparkassen Nordrhein-Westfalens.“

Angela Freimuth (FDP) dankte den Oppositionsfraktionen, dass diese sich mit einem zügigen Beratungsverfahren des Gesetzentwurfes einverstanden erklärt hätten. Dies sei ein gutes Zeichen für die WestLB, für ihre Kunden, für ihre Beschäftigten, die Eigentümer und den Finanzplatz NRW. Die Stabilisierung der WestLB könne dazu beitragen, das mangelnde Vertrauen der Banken untereinander „ein wenig wiederherzustellen“. Für ihre Fraktion erklärte Freimuth, die FDP stehe hinter den Rettungsmaßnahmen, da eine Insolvenz der Bank weitaus dramatischere Auswirkungen auf die Märkte gehabt hätte. Die Risikoabschirmung könne den Blick freimachen für das operative Geschäft der WestLB. „Eigentümer und Kooperationspartner können die tatsächlichen Stärken der Bank dann besser beurteilen und entwickeln“, so Freimuth.

Ewald Groth (GRÜNE) meinte, fünf Milliarden Euro Landesbürgschaft für die WestLB seien eine gigantische Summe: „Ich erspare es uns darzustellen, welche Geldtürme man damit bauen oder wie viele Straßen man mit dem Geld pflastern könnte.“ Die Landesregierung habe mit ihrem Verhalten dafür gesorgt, „dass der Ruf der Bank dramatisch beschädigt worden ist“. Das Vertrauen aller Partner für eine vernünftige Zusammenarbeit mit der WestLB sei verloren gegangen. Dem Ministerpräsidenten und dem Finanzminister warf der Abgeordnete vor: „Sie haben einen gigantischen Scherbenhaufen hinterlassen, den die Steuerzahler mit einem noch gigantischeren finanziellen Aufwand werden entsorgen müssen.“ Die Geschäftsrisiken der WestLB würden nun sozialisiert. Groth zog das Fazit: „Fünf Milliarden Euro Risiko sind ein finanzpolitisches Desaster für dieses Land.“ ■

Erfolg oder handwerkliche Fehler?

Koalition und Opposition streiten über das Kinderbildungsgesetz

Aktuelle Stunde zur Kinderbetreuung – die Regierungsfractionen CDU und FDP wollten beweisen, dass das neue Kinderbildungsgesetz – kurz KiBiz – ein voller Erfolg ist: Dieses Gesetz werde so gut angenommen, dass das vorhandene Angebot noch ausgeweitet werden muss. Weiter: Mit KiBiz gelange Nordrhein-Westfalen in diesem Bereich an die Spitze der westlichen Bundesländer. Die Opposition sprach dagegen von Planungsfehlern und einer Missachtung aller warnenden Vorhersagen.

Marie-Theres Kastner (CDU) betonte, das neue System mit seinen Angeboten von 25, 35 oder 45 Stunden Betreuung sei bedarfsgerecht und entspreche dem Elternwillen. Die Wahlfreiheit als einer der zentralen Bausteine des Gesetzes habe mit dazu geführt, dass die Nachfrage so groß gewesen sei wie im ersten KiBiz-Jahr. Das beweise den Erfolg des Gesetzes, aber ebenso den Nachholbedarf im Land. Es sei richtig gewesen, dass die neue Landesregierung die Förderung von Bildung und Familien als wesentlichen Schwerpunkt ihrer Arbeit festgelegt habe. Mit großen finanziellen Anstrengungen sei NRW vom Schlusslicht auf einen Spitzenplatz vorgerückt: „Noch nie hat eine NRW-Regierung so viel Geld ausgegeben für Kinder und Kinderbildung.“ Kastner führte aus, dass bei der Regierungsübernahme im Frühjahr 2005 in NRW das Angebot für Kinder unter drei Jahren nur bei rund 11.000 Plätzen gelegen habe. Inzwischen gebe es 44.600 Plätze.

Christian Lindner (FDP) setzte den Vergleich fort. Seit der Regierungsübernahme seien heute vier Mal mehr Plätze für Kinder unter drei Jahren vorhanden. Die Zahl der drei- bis sechsjährigen Kinder in den Kindertageseinrichtungen sei deutlich gestiegen. Und – drittens – habe das richtige Angebot einer Betreuung

von 25 Stunden eben nicht zu einer Verringerung der Nachfrage nach 45-Stunden-Betreuungspätzen geführt. Die Landesregierung habe das dichteste Netz an Ganztagsbetreuung unter den westlichen Bundesländern geschaffen. Der FDP-Abgeordnete erwähnte auch die verstärkten Angebote an Betreuung für behinderte Kinder. Damit würden neue Chancen und Lebensperspektiven ermöglicht.

Britta Altenkamp (SPD) sah das Kinderbildungsgesetz als völlig unterfinanziert an, was die Zahl der Plätze für unter Dreijährige, der Kindergartenplätze und der Ganztagsplätze angehe. Die wesentlichen Grundannahmen der Gesetzgebung seien nicht eingetroffen; dies betreffe vor allem die angenommenen Zahlen zur Ganztagsbetreuung der unter Dreijährigen. Es sei eben kein Erfolg, wenn die Regierung das KiBiz mit neuen Millionenbeträgen retten müsse, wozu natürlich ein konkreter Nachtragshaushalt notwendig sei. Wenn die Kinderbetreuung heute funktioniere, dann aufgrund des Engagements der Kommunen, nicht aber aufgrund des neuen Landesgesetzes. Erfolgsmeldungen der Regierung? Hier protestierte Altenkamp gegen aus ihrer Sicht geschönte Daten: „Der Minister rechnet die Zahlen der Vorgängerregierung künstlich klein, damit er heute besser dasteht.“

Andrea Asch (GRÜNE) warf der Regierung handwerklich schlechte Arbeit vor. So seien schon 2007 Planungsdaten gestrichen worden, da sie falsch gewesen seien. Nun werde offenbar, dass 10.600 Betreuungspätze für Unterdreijährige fehlten. Insgesamt bezifferte Asch den Fehlbetrag auf 300 Millionen Euro. Dies beruhe darauf, dass die Regierung den Rat von Sachverständigen ignoriert habe. Der Bedarf an Ganztagsplätzen sei eben höher als die angenommenen 25 Prozent. Ebenso sei das Angebot einer Betreuung von 25 Stunden nicht angenommen worden, unter anderem auch deshalb, da die Betreuungseinrichtungen auf eine Öffnungszeit von mindestens 35 Stunden eingerichtet seien. Die Wahlfreiheit für die Eltern sei also gar nicht in dem Maß gegeben wie von der Regierung dargestellt.

Familienminister Armin Laschet (CDU) ließ sich nicht von seiner Position abbringen: „KiBiz ist ein voller Erfolg! Ab 1. August 2008 werden in den Kindertageseinrichtungen deutlich mehr Kinder wesentlich länger betreut.“ Das neue Gesetz reagiere flexibel auf den gesellschaftlichen Wandel. So führe auch der Rückgang der Arbeitslosigkeit insbesondere bei Frauen zu einer steigenden Nachfrage nach Kinderbetreuung. Nicht zuletzt deshalb habe die jetzige Landesregierung das Angebot an Kindergartenplätzen für unter Dreijährige im Vergleich zu 2005 vervierfacht. Wenn heute im Bereich der Kinderbetreuung über zusätzlichen Finanzbedarf gesprochen werden müsse, dann zum einen aufgrund der nicht völlig vorhersehbaren Wünsche der Eltern und zum anderen wegen des Erfolgs des Gesetzes. ■



An historischer Stätte ...

... versammeln sich hier die Mitglieder des Rechtsausschusses. Zum Foto aufgestellt haben sie sich bei ihrem Chinabesuch vor dem John-Rabe-Haus in Nanking. Rabe gilt als der „gute Deutsche von Nanking“, weil er ähnlich wie Oskar Schindler in Europa viele Menschen vor ihren Verfolgern gerettet hat. Der Rechtsausschuss hat die Provinz Jiangsu besucht, mit der die Landesregierung seit 2003 eine dauerhafte Zusammenarbeit auf dem Gebiet der juristischen Fort- und Ausbildung unterhält. NRW ist seit über 20 Jahren mit Jiangsu partnerschaftlich verbunden.

„Wohnen muss bezahlbar bleiben“

Opposition kritisiert Wohnungspolitik der Koalition/Aktuelle Stunde

„Die Mieten müssen steigen“, so wurde NRW-Bauminister Oliver Wittke (CDU) in einem Bericht der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung von Mitte April zitiert. Denn nur bei angemessener Rendite komme es zu einer Stimulierung des Wohnungsbaus, so hieß es weiter im Bericht über die Vorstellung des Städtebauprogramms 2008. In einer Aktuellen Stunde konterte die SPD-Fraktion: „Wohnen muss bezahlbar bleiben“ und vermutete, „Wittke will die Schwächsten zur Kasse bitten“. Die Sozialdemokraten machten darauf aufmerksam, die unteren Einkommensgruppen in NRW müssten heute schon etwa 45 Prozent ihres Haushaltseinkommens für die Warmmiete aufbringen – bei weiter steigender Tendenz.

Norbert Römer (SPD) bezeichnete die von Wittke geforderte Mieterhöhung als „ein Stück aus dem Tollhaus“. Damit, so Römer, stelle sich der Minister „gegen die Interessen der Menschen – besonders im Ruhrgebiet. Die können höhere Mieten schlicht und einfach nicht bezahlen.“ Hier im Revier gebe es Leerstände von Wohnungen, denen man gegensteuern müsse, um weitere Leerstände zu verhindern. „Dabei sollte ein Bauminister wissen: Auf Leerstände reagiert der Wohnungsmarkt nun mal nicht mit steigenden Mieten.“ Der Abgeordnete forderte den Bauminister dazu auf, die Wohnraumförderung des Landes an die Bedarfslagen anzupassen. Es gehe nicht an, dass die Regierung kontinuierlich die Wohnungsbauförderung kürze: Allein 140 Millionen Euro entziehe der Minister in diesem Jahr dem sozialen Wohnungsbau in NRW. Das Land saniere sich, so Römer, auf Kosten der Schwächsten, „und der Wohnungsbauminister sieht tatenlos zu“. Die im sozialen Wohnungsbau erwirtschafteten Überschüsse würden zum Stopfen von Haushaltslöchern missbraucht.

Bernd Schulte (CDU) wies darauf hin, dass die Landesregierung sowie die Koalitionsfraktionen seit Übernahme ihrer Verantwortung alles Erdenkliche getan hätten, um das „Investitionsklima im Wohnungsbau zu verbessern.“ Mit Blick auf die von der SPD-Fraktion geforderte Stiftung „Wohnungs- und Städtebau NRW“ warf der Abgeordnete den Sozialdemokraten vor, in „Beckscher Manier eine Wunderwaffe zur Beseitigung aller Probleme in der Städtebau- und Wohnungspolitik“ zu präsentieren. „Eine solche zusätzliche Stiftung wird dem Grundgedanken der SPD, dass mehr Bürokratie das taugliche Mittel der Problemlösung ist, in vollem Umfang gerecht“, so Schulte.

Christof Rasche (FDP) bewertete die wohnungsbaupolitischen Initiativen der Sozialdemokraten als „hilflos und kopflos“ und fügte hinzu: „Als ich die wohnungsbaupolitischen Initiativen der SPD-Fraktion in den letzten Tagen vernahm, habe ich zunächst an einen Aprilscherz gedacht.“ Genau wie sein Vorredner auch, verurteilte der Liberale die von der SPD geforderte Stiftung „Wohnungs- und Städtebau NRW“ und fragte: „Wollen Sie einfach mal wieder Doppelzuständigkeiten aufbauen?“ Solche Doppelzuständigkeiten verursachten zusätzliche Kosten und blockierten sich gegenseitig. Dies allerdings sei aber „typische SPD-Politik“, so Rasche, der zudem erklärte, NRW liege im Ländervergleich bei der Wohnraumförderung an der Spitze.

Horst Becker (GRÜNE) appellierte an Bauminister Wittke: „Orientieren Sie sich an der Wirklich-

Wohnungspolitisches Gespräch unter Koalitionskollegen und mit Regierungsbeteiligung (v.r.): Bernd Schulte, Minister Oliver Wittke (beide CDU) und Christof Rasche (FDP).

keit, orientieren Sie sich an den Menschen! Folgen Sie nicht weiter blindlings der neoliberalen ordnungspolitischen Ideologie, dass der Staat im Bereich der Wohnungspolitik nichts mehr zu suchen habe.“ In Anbetracht der in Rede stehenden Mieterhöhung betonte der Politiker, es sei nicht nur sachlich, sondern auch fachlich inkompetent zu glauben, dass höhere Mieten den Wohnungsbau in Nordrhein-Westfalen ankurbeln. „Herr Minister Wittke, wenn Sie eine selbstkritische Bilanz Ihrer bisherigen Leistungen als Wohnungsbauminister ziehen würden, müssten Sie eigentlich sofort Ihren Rücktritt erklären“, so Becker.

Bauminister Oliver Wittke (CDU) wies den Vorwurf zurück, er habe Mieterhöhungen gefordert: „Niemand in diesem Land will Mieterhöhungen.“ Er fügte hinzu: „Ich habe darauf hingewiesen, dass es unter Umständen zu Mieterhöhungen kommen kann.“ Wittke unterstrich die Notwendigkeit privater Investitionen auf dem Wohnungsmarkt. Die angespannten Wohnungsmärkte seien nicht allein mit öffentlichen Anstrengungen in den Griff zu bekommen. Das gelte etwa für die Rheinschiene, Aachen und Münster. Dazu benötige man Investitionen. Der Minister machte im Übrigen auf Mietverbesserungen für einkommensschwache Haushalte aufmerksam, die seit Beginn der schwarz-gelben Koalition erreicht worden seien: So habe man die Fehlbelegungsabgabe abgeschafft und damit die „Schwellenhaushalte“ um rund 25 Millionen Euro entlastet. Einmalig in Deutschland sei auch das Sonderprogramm zur energetischen Förderung von Sozialwohnungen, das NRW aufgelegt habe. Das habe zur Folge, dass die Nebenkosten für Sozialmieter sanken. ■



Norbert Römer (SPD)



Horst Becker (GRÜNE)

Fotos: Schälte

Kopfnoten im Kreuzfeuer

SPD: Koalition soll ihre Haltung klären – Grüne: „Unfug“ beenden

Kopfnoten in den Zeugnissen – sind die ein Hinweis auf „Chaos“, wie die SPD meint, oder Beweis „für eine erfolgreiche und schülerorientierte Bildungspolitik“, wie die CDU dagegenhält? Bei der Debatte über den entsprechenden SPD-Antrag (Drs. 14/6515) kam es über diese Frage zum Meinungsaustausch und im Ergebnis zur Ablehnung des SPD-Antrags in direkter Abstimmung durch die Landtagsmehrheit.

Renate Hendricks (SPD) artikuliert das „große Unverständnis“, auf das die Kopfnoten an den Schulen gestoßen seien. Daher spiegelte der Antrag nicht nur die Haltung der SPD, sondern auch die vieler Betroffener wider. Widersprüchlich dagegen die Meinung im Regierungslager: Die Ministerin wolle langfristig an sechs Kopfnoten festhalten, während aus den Koalitionsfraktionen Stimmen kämen, die eine schnelle Reduzierung auf zwei Kopfnoten forderten. Diese konfuse Debatte müsse „eingefangen“ werden, forderte die Abgeordnete und kritisierte, Kopfnoten auf Abiturzeugnissen wie in NRW seien bundesweit einmalig. 2,5 Millionen Schülerinnen und Schüler im Land seien einem „Feldversuch“ ausgesetzt. Sie fügte ironisch hinzu: „Die Abiturienten können sich dann mit dem Alleinstellungsmerkmal ‚Kopfnote aus NRW im Reifezeugnis‘ ein ganzes Leben lang bewerben“. Dabei seien diese Noten weder standardisiert noch machten sie wie behauptet eine erzieherische Aussage. Sie sollten im Gegenteil „evaluiert“ werden – wie und nach welchem Verfahren sei dabei allerdings unbekannt.

Klaus Kaiser (CDU) fand, auch nach mehrmaligem Lesen habe sich ihm der Sinn des SPD-

Antrags nicht erschlossen. Aus ihm gehe keine Position der Fraktion zu den Kopfnoten hervor. Wenn man von „Chaos“ sprechen wolle, dann bei der Bildungspolitik, die die SPD nach 39 Jahren hinterlassen habe. Die Noten fänden zunehmend Zustimmung bei Eltern und Schülern, stellte Kaiser fest und betonte, durch die Noten zu Arbeits- und Sozialverhalten könnten die Schülerinnen und Schüler ihre beruflichen Chancen verbessern. Wenn man wie angekündigt evaluieren wolle, dann brauche man dafür mehr als einen Jahrgang. Danach gebe es zum weiteren Vorgehen einen demokratischen Meinungsbildungsprozess. Der Abgeordnete bündigt: „Kurz und gut, dieser Antrag ist an politischer Durchsichtigkeit und intellektueller Flachheit kaum zu unterbieten.“

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP) führte zur Haltung ihrer Fraktion aus, man wolle das Verfahren der Kopfnotenvergabe vereinfachen und die Anzahl reduzieren, „ohne dass sich hierdurch ein inhaltlicher Verlust ergibt“. Zudem könnten die Noten zum Teil mit einfacheren und nachvollziehbareren Begriffen bezeichnet werden. Sie ließ keinen Zweifel daran: Kopfnoten dienten als wichtige Rückmeldung für die Eltern. „Noch wichtiger ist

jedoch, dass es eine Hilfestellung für die Schüler darstellt, um ihr eigenes Verhalten, ihr Handeln und die Wirkung ihres Handelns auf die sie umgebenden Menschen besser einschätzen zu können“.

Sigrid Beer (GRÜNE) warf der FDP vor, sie mache sich angesichts des Protestes gegen die Kopfnoten „vom Acker“. Die Abgeordnete: „Ich kann den Schülerinnen, Eltern und Lehrkräften genauso wie den Schulträgern nur zurufen: Wehrt Euch gegen den Unfug aus dem Ministerium!“ Sie sagte eine Klagewelle der Eltern voraus, weil die Noten auf den Versetzungs- und Abschlusszeugnissen stünden. Viele, besonders die bildungsbewussten und selbst gut ausgebildeten Eltern sähen darin den Gleichheitsgrundsatz des Grundgesetzes verletzt und eine Benachteiligung im Wettbewerb der jungen Menschen um eine Arbeitsstelle oder Studienplatz. Beer: „Für uns Grüne gibt es nur einen Weg: Weg mit dem Kopfnotenunfug.“

Schulministerin Barbara Sommer (CDU) betonte, keine Schülerin oder Schüler sei gezwungen, sich in der Schule schlecht zu benehmen. Wirtschaft und Eltern wollten die Kopfnoten. Es gebe nur eine geringe Zahl von Elternbeschwerden. Handwerk und Industrie unterstützten das Vorgehen. Die Ministerin: „Natürlich werden wir das Verfahren im Detail auswerten. Dazu reicht aber eine Zeugnistrunde nicht aus. Es gibt bereits Schulen, die pädagogisch sinnvolle und effiziente Verfahren zur Notenvergabe entwickelt haben, die wir nutzen müssen. Lassen Sie uns diese Ergebnisse gelassen abwarten.“



Nach Berlin ...

... zur Entscheidung geht es für die Siegerinnen und Sieger des Landeswettbewerbs „Jugend debattiert“. Im Finale im Plenarsaal des Landtags siegten über ihre Konkurrenten Philip Eischet (Bischöfliches Pius-Gymnasium Aachen), Helen Rombach und Diana Beyertein (beide vom Inda Gymnasium Aachen) sowie Charlotte Wester vom der Gesamtschule Bergheim. Die Teilnehmer hatten zwei Minuten ungestörte Redezeit, um zum Thema zu sprechen. Nach einer zwölfminütigen Aussprache stand ihnen noch eine Minute für ein Schlusswort zur Verfügung. Eines der Themen war: Sollen Schulabschlussprüfungen bundeseinheitlich zentral durchgeführt werden? In Berlin findet Mitte Juni die Schlussscheidung im Beisein von Bundespräsident Horst Köhler statt. Foto: Schälte

Stromlücke oder nicht?

Koalition drängt auf Neubauten und Laufzeitverlängerung

Foto: Schälte

Droht Nordrhein-Westfalen, dem Energieland Nr. 1, eine Stromlücke? Müssen sich die Bürgerinnen und Bürger in wenigen Jahren, wie derzeit etwa in Südafrika, mit stundenlangen Abschaltungen abfinden? Die Koalition will es dazu nicht kommen lassen. CDU und FDP haben darum einen Antrag mit dem Titel „Maßnahmen zur Vermeidung des prognostizierten Engpasses in der Stromproduktion ergreifen“ (Drs. 14/6513) vorgelegt. Dieser und ein Entschließungsantrag von SPD und Grünen (Drs. 14/6581) wurden einstimmig an den Wirtschaftsausschuss überwiesen.

Christian Weisbrich (CDU) forderte: „In Deutschland darf das nicht passieren!“ Aber die Zeichen für einen bevorstehenden Strominfarkt mehrten sich. Der „sozial abträgliche“ Atomausstiegsbeschluss, die „unkoordinierte“ Netzeinspeisung erneuerbarer Energien und die „zunehmende Verteufelung“ von Kohlekraftwerken ließen das Risiko immer größer werden. Es könne auch nicht richtig sein, dass elektrischer Strom „für die Vielzahl der Bürger unbezahlbar wird“. Weisbrich plädierte für die Verlängerung der Laufzeiten der „sichersten Kraftwerke der Welt“, für die Umsetzung des Kraftwerkerneuerungsprogramms bis 2020 und Planungssicherheit der Unternehmen in Hinblick auf den Emissionshandel in Brüssel und die örtlichen Genehmigungsverfahren. Der Abgeordnete: „Wir sind für Klimaschutz. Wir sind für erneuerbare Energien. Wir sind für Kraft-Wärme-Kopplung. Wir sind für Effizienzsteigerung. Aber wir sind gegen eine ideologiegetriebene Verknappung des Stromangebots. Die Energiewende muss kommen, aber sie muss finanziell beherrschbar bleiben.“

Dietmar Brockes (FDP) zitierte eine Studie, wonach sich die Stromlücke „selbst durch engagiertes Ausschöpfen der Stromeffizienzpotenziale, durch das Erreichen sehr ambitionierter, aber keinesfalls gesicherter Ausbauziele bei den erneuerbaren Energien und der Kraft-Wärme-Kopplung“ nicht schließen lasse. Den Gegnern von Kohle und Kernkraft gehe es nicht darum, das Klima zu schützen und CO₂ zu vermeiden, sondern um „bestimmte, von ihnen verteilte Technologien zu verhindern“. Zur

Vermeidung der Stromlücke müssten die Rahmenbedingungen stimmen. Die „Fundamentalopposition“ gegen neue Kohlekraftwerke müsse aufhören. Und es müsse eine Vereinbarung kommen, „die es den Betreibern der Kernkraftwerke gestattet, ihre Reaktoren länger laufen zu lassen“.

Norbert Römer (SPD) machte darauf aufmerksam: „Es gibt ein gültiges Atomgesetz“. Zusammen mit den Betreibern habe die Bundesregierung darin den vereinbarten Ausstieg festgeschrieben. Daran sei nicht zu rütteln. Die stete Forderung nach Verlängerung der Laufzeiten für Atommeiler zeige bloß die „völlige energiepolitische Konzeptionslosigkeit“ von CDU und FDP. Das sei nicht gut für das Land: „Sie verlängern die Hängepartie um Kraftwerksplanungen und schaden damit den vitalen Interessen Nordrhein-Westfalens“. Der Abgeordnete weiter: „Solange ständig über Atomkraft lamentiert wird, bekommen wir in Nordrhein-Westfalen zu wenige Investitionen in moderne Gas- und Kohlekraftwerke sowie in moderne Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen“. In ihrem Entschließungsantrag machten SPD und Grüne deutlich, auf was es ankomme: „Wir müssen uns um die Stromversorgung von morgen ohne die Atompläne von gestern kümmern.“

Reiner Priggen (GRÜNE) wies das Bild der Stromlücke zurück: Wenn die eindeutigen Ziele der Bundesregierung bis 2020 umgesetzt würden, dann gebe es sie nicht. Man werde sogar, wenn die die Neubauten alle abgeschlossen würden, eine

„Überversorgung“ haben. Außerdem: „Wir haben seit Jahren nicht so viel Strom exportiert wie in den letzten Jahren“. In Wahrheit gehe es darum, die Eckpunkte der Bundesregierung zu verhindern, „weil das gegen die Interessen der großen Stromerzeuger läuft“. Die Studie der Dena sei mit Vorsicht zu genießen, handle es sich bei der Deutschen Energie-Agentur doch um ein halbstaatliches Unternehmen, „die andere Hälfte trägt die Energiewirtschaft“.

Energieministerin Christa Thoben (CDU) widersprach unter Hinweis auf die Dena-Studie ihrem Vorredner. Die Agentur komme zu dem Schluss, dass bei Umsetzung des Energieprogramms der Bundesregierung, also bei sinkendem Stromverbrauch, „bereits ab dem Jahr 2012 nicht genügend gesicherte Kraftwerksleistung zur Verfügung stehe, um die Jahreshöchstlast zu decken“. Es fehlten 15 konventionelle Großkraftwerke. Wenn nicht genügend neue Kraftwerke gebaut würden und nicht bald mit der Erneuerung des Kraftwerksparks begonnen werde, dann würden „ausländische Auftraggeber auf Jahre hinaus die gesamten Produktionskapazitäten belegen“. Auch diese Einschätzung des Verbands Deutscher Maschinen- und Anlagenbauer teile sie. In NRW sollte man sich – auch gegenüber Brüssel – darin einig sein, den Kraftwerkspark auf fossiler Basis möglichst schnell zu erneuern. Die Ministerin kündigte an, die Landesregierung werde ihre Vorstellungen und Ziele in Kürze in ihrem Energie- und Klimakonzept darlegen und präzisieren. ■

Mehr Schutz vor Bespitzelung

Landtag gegen illegale Überwachung von Arbeitnehmern

„Lidl ist überall – Bespitzelungsaffäre im Handel nimmt immer größere Ausmaße an“ – diese Überschrift und die zahlreichen Beiträge in deutschen Tageszeitungen haben den Landtag auf den Plan gerufen. Die Grünen wollten in ihrem Antrag (Drs. 14/6522) wissen, wie der Datenschutz von Beschäftigten zu verbessern ist. Nicht ohne Folgen: NRW-Arbeitsminister Karl-Josef Laumann (CDU) forderte seinen Berliner Amtskollegen Olaf Scholz (SPD) auf, endlich ein Arbeitnehmer-Datenschutzgesetz auf den Weg zu bringen. Gefordert werde ein solches Gesetz schon seit 1984.

Monika Düker (GRÜNE) verlangte angesichts von Eingriffen in die Menschenwürde, in das informationelle Selbstbestimmungsrecht und das Recht auf Privatheit ein Arbeitnehmerdatenschutzgesetz. Das müsse regeln, was ein Arbeitgeber an Daten über die Beschäftigten sammeln dürfe und was nicht. Außerdem müssten darin Regelungen zur Übermittlung von Beschäftigtendaten, zur Videoüberwachung sowie zur Nutzung von Internetdiensten am Arbeitsplatz aufgenommen werden. Dann müsse wie im neuen Gendiagnostikgesetz des Bundes klar definiert werden, was in Bezug auf die Erhebung von Gesundheitsdaten zulässig ist und was nicht. Die Abgeordnete: „Wir brauchen dieses Gesetz, wir brauchen mehr Staat an dieser Stelle, weil es um den Schutz von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern geht“. Der Staat müsse eingreifen, „wenn Unternehmen die Grundrechte ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Füßen treten.“ Da helfe keine Selbstkontrolle.

Norbert Post (CDU) entgegnete: „Mit mehr Gesetzen ist es nicht getan. Vielmehr müssen wir die bestehenden Gesetze verstärkt und strikt anwenden.“ Schon jetzt gebe es gesetzliche Grundlagen, die die Arbeitnehmer schützen. Post zählte auf: Bundesdatenschutzgesetz, Betriebsverfassungsgesetz, die Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte, die Rechtsprechung vom Schutz des Persönlichkeitsrechts des Arbeitneh-

mers. Angesichts des Fehlverhaltens von Unternehmen wisse der Bundesgesetzgeber sehr wohl, was er zu tun habe. Da bedürfe er nicht der Aufforderung durch die nordrhein-westfälischen Grünen. Aber wie sie sehe man mit Besorgnis den Missbrauch. Wenn der Bund daraus keine Folgerungen ziehe, dann „wird unsere Landesregierung auch im Bundesrat vorstellig. Das Thema ist bei unserer Landesregierung und bei der Bundesregierung in guten Händen.“

Gerd Stüttgen (SPD) meinte: „Es ist mehr als deutlich geworden, dass wir im Bereich des innerbetrieblichen Datenschutzes ein Problem haben.“ Es gehe eben nicht darum, dass zur Aufklärung von Diebstählen durch Mitarbeiter in bestimmten Einzelfällen zum Einsatz von Detektiven oder anderen Maßnahmen gegriffen werde. Es würden persönliche Gewohnheiten oder zwischenmenschliche Beziehungen en détail protokolliert. Durch die Bank würden sämtliche Beschäftigten eines Unternehmens unter Generalverdacht gestellt. Für seine Fraktion höre aber das informationelle Selbstbestimmungsrecht nicht hinter den Werkstoren auf. Wie die Grünen sei die SPD der Meinung, „dass das Bundesdatenschutzgesetz in Hinblick

auf betriebsinterne Datensammlungen nicht ausreicht“. Darum benötige man ein bundeseinheitliches Arbeitnehmerdatenschutzgesetz – so wie es die Gewerkschaften, die Landesdatenschutzbeauftragte und der Bundesdatenschutzbeauftragte forderten. Auf Bundesebene seien jetzt nach Jahrzehnten des Stillstands „Nägel mit Köpfen zu machen“.

Dr. Robert Orth (FDP) nannte die bekannt gewordene Erfassung sensibler Daten „unerträglich“. Der Antrag der Grünen sei aber „dünn“. Sie forderten ein Gesetz ohne zu sagen, was es enthalten solle, wer es kontrollieren, wer bezahlen und wer zuständig sein solle. Die Kontrolle von Wirtschaftsunternehmen müsse nach den Methoden der Wirtschaft erfolgen, mit Testaten, die die Einhaltung des innerbetrieblichen Datenschutzes dokumentieren – oder auch nicht: „Und dann wird es der Markt richten“, zeigte sich der Abgeordnete überzeugt. Die Grünen hätten sich bei der FDP schlau machen sollen, dann hätten sie dem Antrag auch „mehr Input“ verleihen können.

Arbeitsminister Karl-Josef Laumann (CDU) erklärte, die Landesregierung nehme die Besorgnis der Arbeitnehmer sehr ernst und lehne eine Bespitzelung und Überwachung der Belegschaften ab. Der Minister weiter: „Die in den Medien bekannt gewordenen Vorwürfe müssen vollständig geklärt werden. Wo Unternehmen illegal gehandelt haben, müssen sie bestraft werden.“ Den Wunsch, die verstreuten datenschutzrechtlichen Bestimmungen in einem eigenen Arbeitnehmerdatenschutzgesetz zusammenzufassen, halte er für berechtigt. Allerdings sei hier der Bundesarbeitsminister zuständig. Laumann: „Der Ball liegt also im Feld des Bundestags und des Bundesarbeitsministers Scholz.“ Dessen

Aufgabe sei es, dem Parlament einen Gesetzentwurf vorzulegen. ■



Foto: Schälte

Auf dem Weg nach Westen

Parlamentarischer Abend im Zeichen der deutsch-türkischen Freundschaft

„Oft sprechen wir davon, was Deutsche und Türken unterscheidet. Doch eine Partnerschaft setzt zuallererst voraus, Gemeinsamkeiten zu erkennen. Viel öfter sollten wir darüber reden, was Deutsche und Türken verbindet.“ Das war das Motto, mit dem Landtagspräsidentin Regina van Dintther Mitte April zum Parlamentarischen Abend „Türkei“ einlud. 850 Gäste aus Politik, Wirtschaft und Kultur waren der Einladung gefolgt. Darunter auch der Präsident des türkischen Parlaments, der Großen Nationalversammlung, Köksal Toptan, in Begleitung seiner Frau und einer Delegation von Parlamentariern.

Die Präsidentin und ihr hoher Gast: Regina van Dintther mit Köksal Toptan.
Fotos: Schälte

Gut gelaunt trat der Präsident vor das Mikrofön. „Meine lieben Freunde“, sagte er und meinte nicht nur die ihn begleitenden türkischen Abgeordneten, die er mit Namen und Wahlkreis vorstellte – jedes Mal ging lauter Applaus durch die Halle. Er wolle sich herzlich für die „warmherzige Umarmung“ bedanken, wie der Dolmetscher übersetzte. Toptan war beeindruckt – von der Menge der Gäste und vom Empfang, der ihm und seiner Begleitung durch das nordrhein-westfälische Parlament bereitet

wurde. Dessen Präsidentin hatte zuvor bekannt: „Der Landtag sucht die Nähe zur Türkei und ihren Menschen. Dabei spielen Sympathie und Hochachtung eine herausragende Rolle.“

Ein Drittel der in Deutschland lebenden Türken habe sich in Nordrhein-Westfalen niedergelassen. „Und ein Drittel davon stammt aus meinem Wahlkreis, den ich hier treffe“, sagte nicht ohne Rührung der Präsident. Er bedankte sich bei Landtagspräsidentin Regina van Dintther und bei Vizepräsident Oliver Keymis, der

auch Vorsitzender der Deutsch-Türkischen Parlamentariergruppe ist, für diesen Abend.

Der Präsident beließ es nicht bei Höflichkeiten. Er sagte mit einer Klarheit, die manchen Gast überraschte, was er von beiden Seiten erwartet. Er warb für die weitere deutsche Unterstützung der Türkei auf dem Weg in die Europäische Union. Keinen Zweifel ließ er an dem Wunsch einer Vollmitgliedschaft seines Landes und der Ablehnung der ins Gespräch gebrachten „privilegierten Partnerschaft“. Ihn habe die „negative Bewertung“ dieses türkischen Wunsches „traurig gemacht“, bekannte Toptan: „Aber blicken wir nicht rückwärts, sondern nach vorn“, meinte zuversichtlich der Präsident.

AUFRUF

An seine Landsleute gewandt, gab er ihnen ein paar Ratschläge mit. Die in Deutschland lebenden Türken sollten ihr Geld nicht mehr in ihre Heimat schicken, sondern in die bessere Bildung ihrer Kinder investieren. Türken in Deutschland müssten die Integration „verinnerlichen“, sie sollten sich als Teil der Gesellschaft empfinden, in der sie leben. „Das ist keine Assimilation“, betonte Toptan und unterstrich die Bedeutung der Sprache. Hier hätten die Eltern eine wichtige Aufgabe: Ihren Kindern dürfe die Muttersprache nicht verloren gehen. Der Präsident: Wer im Kindergarten Deutsch lerne und Türkisch nicht verlerne, der habe eine bessere Zukunft – er warb also für eine Integration, bei der die eigene Identität nicht aufgegeben werden muss.

Wenn die Türkei auf ihrem Weg nach Europa die westlichen Werte und Standards übernehme, dann, so der Präsident, werde sich das auch auf die nahöstlichen Krisenherde um die Türkei herum positiv bemerkbar machen. „Mit unserem Gesicht nach Westen wollen wir auf dem Weg der westlichen Zivilisation voranschreiten“, verkündete er zum Schluss seiner mit viel Beifall aufgenommenen Rede. JK

Kurz und knapp: Republik Türkei

Einwohner: 71 Millionen
Landfläche: 779 Tsd. km²
Bevölkerungsdichte: 91 Einwohner pro km²
Hauptstadt Ankara 4,5 Millionen Einwohner
Größte Stadt Istanbul 11,2 Millionen Einwohner

Wirtschaft
Arbeitskräfte/Anteil am BSP (Bruttonominalprodukt)
Dienstleistung 44,5 / 58,5 Prozent
Landwirtschaft 30,6 / 11,9 Prozent
Industrie 19,3 / 29,6 Prozent
Hauptsektoren Textilindustrie, Tourismus,
Automobilindustrie, Elektronik

Politik
Parlament Große Nationalversammlung
550 Sitze
Wahlperiode 5 Jahre
Wahlalter 18 Jahre
Frauenwahlrecht seit 1930

Alter
Zwischen 0 und 14 Jahre 26,6 Prozent
15 und 64 Jahre 66,8 Prozent
über 65 Jahre 6,6 Prozent
Durchschnitt der Bevölkerung 27,3 Jahre

Quelle: Wikipedia



Moderiert von Vizepräsident Keymis (2.v.l.): Gesprächsrunde mit Wolfgang Röken, Serap Celen, Vizepräsidentin der Türkisch-Deutschen Studenten- und Akademiker Plattform, Bürgermeister Hasan Sipaoglu aus Alanya und NRW-Integrationsminister Armin Laschet.

„Sprache ist der Schlüssel“

Interviews mit Mitgliedern der Deutsch-Türkischen Parlamentariergruppe

Positive Eindrücke hat der Parlamentarische Abend „Türkei“ bei allen Beteiligten hinterlassen. Vor allem die Rede des Präsidenten der türkischen Nationalversammlung, Köksal Toptan, stieß beim Publikum auf große Zustimmung. Toptan rief die in Nordrhein-Westfalen lebenden Türken dazu auf, ihren Beitrag zur Integration zu leisten. Wie sich das Zusammenleben von deutschen und türkischen Mitbürgern weiter entwickeln muss, darüber sprach „Landtag intern“ mit Michael Solf (CDU), Wolfgang Röken (SPD), Holger Ellerbrock (FDP) und Oliver Keymis (GRÜNE).

Der türkische Premier Erdogan hat seine Landsleute in Deutschland jüngst vor „Assimilation“ gewarnt. Hat das zu einem Rückschlag für die Integrationsbemühungen im Land geführt?

Solf: Wer unsere kluge, vernünftig angelegte Integrationspolitik als Assimilierung bezeichnet und damit ins Negative verkehrt, leistet der Integration einen Bärendienst – auch wenn er ein Staatsmann von großem Rang ist. Ich bin sehr betroffen über das, was er gesagt hat, und zwar deshalb, weil seine Formulierungen gerade denen in unserem Land, die im Grunde genommen keine Integration wollen, neuen Auftrieb geben. Nein, wir dürfen uns dadurch nicht ins Bockshorn jagen lassen. Im Übrigen sollten wir bestehende Integrationsdefizite weder verharmlosen noch skandalisieren.

Röken: Ich glaube nicht, dass dies zu einem Rückschlag geführt hat, nur in der Frage war Erdogan nicht ganz auf der Höhe. Assimilation war nie das Ziel unserer Politik. Integration schließt Assimilation aus. Es ist vollkommen klar, dass man sich hier in unsere Kultur eingliedern muss, ohne dabei die eigene Identität zu verlieren.

Ellerbrock: Nein, das hat nicht zu einem Rückschlag geführt. Wir wollen ja nicht, dass Leute, die bei uns leben und arbeiten, ihre Kultur aufgeben, sondern wir wollen sie hier integrieren. Schauen wir uns einfach unsere Geschichte an. Dann werden wir sehen, dass wir in Deutschland die Hugenotten integriert und nicht assimiliert haben. Wir haben nie von ihnen verlangt, dass sie ihren Glauben oder französische Kultur aufgeben, sondern wir haben vieles von ihnen übernommen, was uns hier sinnvoll erschien. Assimilieren heißt Aufgabe der Kultur, und das wäre nicht richtig. Der türkische Parlamentspräsident hat zum Glück klare Worte gefunden, dass sich die Türken um die deutsche Sprache bemühen müssen. Sprache ist der Schlüssel zur Integration und deswegen sehe ich keinen Rückschlag.

Keymis: Der türkische Premierminister hat zumindest für Irritationen gesorgt, weil er eine Diskussion aufgegriffen hat, die in Deutschland völlig anders betrachtet wird. Insofern hat er in das falsche Horn gestoßen, was zumindest die Bemühungen um Integration und Zusammenleben nicht erleichtert. Vor diesem Hintergrund war für mich interessant, dass der Parlamentspräsident aus Ankara, Herr Köksal Toptan, hier im Landtag deutlich gemacht hat, dass Integration die entscheidende Voraussetzung für ein gedeihliches Miteinander ist. Dies stand zumindest in einer starken Ergänzung zu dem,

was Erdogan gesagt hat. Manche haben das sogar als deutlichen Widerspruch empfunden. Der Besuch des Parlamentspräsidenten im Landtag Nordrhein-Westfalen hat vieles in ein richtiges Licht gestellt.

In NRW gibt seit 2001 die überparteiliche Integrationsoffensive. Das Land hat einen Integrationsminister und einen Integrationsbeauftragten. Mehr kann man nicht tun – oder?

Solf: In der Behandlung all der Integrationsprobleme sind wir in Nordrhein-Westfalen führend vor allen anderen Bundesländern, weil wir eben diese Probleme aus der parteipolitischen Frontstellung herausgeholt haben. Anderswo sind gerade die integrationspolitischen Problembereiche in die Schlammflöcher der parteipolitischen Auseinandersetzung geraten. Das machen wir nicht und davon können sich andere Länder ein oder zwei Scheiben abschneiden. Das ist für mich überhaupt das Wichtigste: Dass wir uns um einen Konsens innerhalb der vier Fraktionen bemühen. Und ich bin wirklich stolz und froh, dass ich diese Bemühungen wesentlich mittragen darf.

Röken: Man kann immer mehr tun. Ich bin froh darüber, dass wir einen Integrationsminister und einen Integrationsbeauftragten haben. In den



Michael Solf (CDU)



Wolfgang Röken (SPD)

Jahren oder Jahrzehnten zuvor hat man die Integrationsbemühungen auf allen Ebenen entweder nicht ernst genug genommen oder sie nicht mit der notwendigen Intensität betrieben. Deswegen ist es ja so schwierig und mühsam, Vorurteile abzubauen. Ich habe das zunächst als Lehrer und Schulleiter kennengelernt. Die Türken waren sehr zurückhaltend, aber wenn man den Kontakt zu den Familien gesucht hat, konnte man oft überwältigende Gastfreundschaft erleben. Deswegen liegt es an beiden Seiten: Die Türken leben in einem sehr eingegrenzten Bereich und die Deutschen haben meist keine Anstrengungen unternommen, selbst auf die Türken zuzugehen. Ich hoffe, dass dies jetzt besser wird, weil in allen Schulen – auch an Gymnasien – Schülerinnen und Schüler mit türkischem Hintergrund zu finden sind.

Ellerbrock: Jeder von uns kann einen Beitrag zur Integration leisten, indem er hilft, Vorurteile abzubauen, und indem er auf unsere türkischen Mitbürger zugeht und mit ihnen spricht. Was wir nicht zulassen dürfen, ist eine Parallelgesellschaft wie zum Beispiel in Duisburg-Marxloh. Dort können Türken ihr Leben lang verbringen, ohne Deutsch zu reden. Das müssen wir verhindern und deshalb müssen wir in diese Gesellschaft und in die Moscheen hineingehen und mit den Leuten sprechen. Dass wir eine Integrationsoffensive in NRW haben, begrüßen alle Parteien, selbstverständlich auch die FDP. Aber jeder kann einen Beitrag zur Integration leisten; das machen wir nicht am Integrationsminister fest und auch nicht am Integrationsbeauftragten Kufen, der es mit seinem politischen Hintergrund auch nicht ganz einfach hat, weil er eine privilegierte Partnerschaft der Türkei will und keine Mitgliedschaft der Türkei in der EU.

Keymis: Auf der institutionellen Ebene ist viel passiert, und das ist gut so. Aber jeder einzelne von uns kann mehr tun, indem wir uns mit den türkeistämmigen Menschen, die hier leben, mehr beschäftigen. Das

ist weniger eine Aufgabe des Integrationsbeauftragten oder des Integrationsministers, sondern es kommt darauf an, dass jeder einzelne das, was Regierung vormacht und institutionalisiert, für sich selber verantwortungsvoll übernimmt. Darin liegt die entscheidende Herausforderung. In unserem Land gibt es bereits viele eindrucksvolle Initiativen – zum Beispiel in Krefeld, wo christliche und muslimische Frauen gemeinsam über ihre Vorstellungen von Glauben und Leben diskutieren. Diese Initiativen sind die Basis für das, was wir politisch gemeinsam über alle Fraktionen im Landtag hinweg wollen.

Parlamentarischer Abend „Türkei“ im Landtag – Klimawandel, weil Deutsche und Türken miteinander reden und nicht übereinander?

Solf: Integration ist ein Prozess, und zu diesem Prozess gehören auch repräsentative Veranstaltungen. Wer Integration will, der muss das Gespräch suchen. Und dann bitte auf gleicher Augenhöhe. Ich sage immer: Wenn man dem Gesprächspartner das Gefühl vermittelt, dass man mitfühlen, mitreden und mitdenken will, dann kann man auch Probleme ansprechen. Der Parlamentarische Abend war natürlich ein wunderbar buntes Fest auf diesem Weg. Ich freue mich, wenn ich miterleben darf, wie sich der Orient selbst feiert, und wie er sich darstellt. Das war riesig.

Röken: Der Parlamentarische Abend ist natürlich ein miteinander Reden auf einer höheren Ebene. Das ist richtig und vor allen Dingen war es auch wichtig, dass mehr Abgeordnete als in der Deutsch-Türkischen Parlamentariengruppe ins Gespräch kommen mit türkischen Unternehmen und Selbsthilfegruppen, die es ja in einer Vielzahl gibt – angefangen von der Föderation türkischer Elternvereine bis hin zu den eigenständigen Wirtschaftsvereinigungen unter Deutschtürken. Aus meiner Stadt waren zum Beispiel Vertreter des Moscheevereins da. Sie geben ihre Erfahrungen weiter und ich hoffe auch, dass dies den Klimawandel verstärken kann. Schön wäre es, wenn es

bald mehr Städtepartnerschaften mit intensivem Schüler-, Jugend- und Kulturaustausch gäbe.

Ellerbrock: Das glaube ich nicht. Das deutsch-türkische Verhältnis ist vor Ort viel unverkrampfter als es oft in der Presse dargestellt wird. Der Abend war ein voller Erfolg für unseren Landtag, und er war eine gelungene Veranstaltung vom Niveau her, von der politischen Brisanz her und von den deutlichen Worten des Parlamentspräsidenten her. Dass man miteinander so unverkrampft geredet hat, halte ich eigentlich für selbstverständlich. Es ist auch vielerorts selbstverständlich. Aber dies im Landtag so deutlich zu machen, das war schön.

Keymis: Der Parlamentarische Abend war für die rund 700.000 türkeistämmigen Menschen in unserem Land, aber auch für alle übrigen in Nordrhein-Westfalen von besonderer Bedeutung. Wir hatten die Ehre, dass der Präsident der Großen Nationalversammlung der Republik Türkei den Landtag besucht hat – mit seiner Frau und seiner Tochter, die in Kiel promoviert. Vor diesem Hintergrund war ein Stück deutsch-türkischer Verständigung gelebt erfahrbar und von besonderer Ausstrahlungskraft für die türkische Community. Dass der Abend überwiegend in deutscher Sprache abgehalten wurde, macht deutlich, dass das Aufnahmeland die Menschen prägt. Von daher war es eine runde Sache für den Landtag und hoffentlich auch für alle, die den Abend miterleben konnten. Ich bin überzeugt: Das lässt sich durchaus wiederholen, auch mit anderen parlamentarischen Freundschaftsgruppen.

Die Interviews führten Jürgen Knepper und Sebastian Wuwer.



Holger Ellerbrock (FDP)

Oliver Keymis (GRÜNE)

Fotos: Schälte

„Interessant und nie langweilig“

Petitionsausschuss legt Ergebnisse seiner Arbeit dem Plenum vor

Der öffentliche Dienst war das „Sorgenkind“, um das sich der Petitionsausschuss in letzter Zeit intensiver kümmern musste. Zuerst gab es eine Massenpetition, in der viele Beamte des Landes gegen die um sechs Monate verschobene Besoldungserhöhung kämpften, dann machte das Landesamt für Besoldung und Versorgung von sich reden: Acht Wochen und länger mussten Beamte und Versorgungsempfänger auf die Bearbeitung ihrer Anträge auf Beihilfe warten.

Diese beiden Fälle schilderte Inge Howe, Vorsitzende des Petitionsausschusses des Landtags, zu Beginn ihres Halbjahresberichts im Plenum. Im ersten Fall konnten die Abgeordneten im Ausschuss den Beamten nicht helfen: Die Verschiebung der Besoldungsanpassung war vom Landtag mit Mehrheit beschlossen worden. Darüber kann sich ein anderes Gremium des Parlaments wie der Petitionsausschuss nicht hinwegsetzen. Bei den überlangen Bearbeitungszeiten konnte dagegen

Abhilfe erreicht werden. In Verhandlungen mit dem Finanzminister wurden die Voraussetzungen geschaffen, dass ab sofort eine „normale“ Bearbeitungszeit von bis zu vier Wochen erreicht wird. Der Ausschuss wollte es noch kürzer: Zwei Wochen für Bearbeitung und Zahlung müssten, so die Abgeordneten, eigentlich reichen. Sie bleiben in der Sache am Ball.

Der Katalog der Hilfe durch den Ausschuss geht weiter. Ein lästiger und nicht abzuschüttelnder Stalker belästigte eine Familie im Rhein-

land. Die staatlichen und städtischen Behörden, an die sich die Familie in ihrer Not wandte, gaben zu verstehen, dass sie nicht helfen konnten; am besten wäre es wohl, wenn sich die Familie in ihr Schicksal fügen würde. Das war dem Ausschuss zu dürftig, und nun kam Bewegung in die Sache. Der Störer wurde vor Gericht verurteilt, ließ von der Familie ab, stieß aber Drohungen gegen eine Schule aus. Die Ordnungsbehörde fackelte nicht lange und ließ den Stalker in eine geschlossene Einrichtung der Psychiatrie einweisen.

Inge Howe schloss ihren Bericht mit einem Beispiel aus der Arbeit, die nicht nur Klagen, sondern auch hin und wieder Denkanstöße liefert. Ein solcher war die Eingabe eines Bürgers aus dem Ruhrgebiet, der Arbeitsfreiheit an kirchlichen Festen oder zum 1. Mai nur Kirchensteuerzahlern und Gewerkschaftsmitgliedern zugestanden wissen wollte. Howe: „Ein interessanter Gedanke. Dennoch: Die Feiertagsregelung gilt für alle. Aber man sieht, unsere Arbeit ist alles andere als langweilig und immer auf der Höhe der Zeit.“

Hilfe für behinderte Kinder

Die Heilmittelversorgung behinderter Kinder wird verbessert. Das ist das positive Ergebnis einer Vereinbarung zwischen den Krankenkassen und dem Landschaftsverband Westfalen-Lippe, das der Petitionsausschuss des Landtags NRW erreicht hat. Die Abgeordneten haben damit einen Streit um die Kosten der Therapien beendet, der bisher auf dem Rücken behinderter Kinder und ihrer Eltern ausgetragen worden ist.

„Dieses Ergebnis wäre nicht erreicht worden, wenn sich nicht besorgte Eltern zum Teil schwerstbehinderter Kinder an den Petitionsausschuss gewendet hätten“, kommentierte die Vorsitzende des Ausschusses, Inge Howe, die

Verhandlungen zwischen den Beteiligten. Sie sei froh, so die Vorsitzende weiter, dass der Erfolg erneut die Bedeutung des Petitionsausschusses als enges Bindeglied zwischen Bevölkerung und Parlament bewiesen habe.

Vorausgegangen war ein jahrelanges „Drehen im Kreis“. Zwei Elterninitiativen aus Paderborn und Höxter hatten sich an den Petitionsausschuss gewandt, nachdem 2006 der Höhepunkt jahrelanger Probleme bei der Verordnung von Heilmitteln wie Krankengymnastik, Ergo- und Sprachtherapie erreicht war: Krankenkassen hatten die Eltern an Betreuungseinrichtungen wie heilpädagogische Kindergärten verwiesen. Diese vertraten jedoch die Ansicht, die

Therapien seien im Rahmen der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) erforderlich und verwiesen die Eltern zurück an die Krankenkassen als Kostenträger. Ärzte schließlich verweigerten die Verordnung entsprechender Maßnahmen aus Kostengründen oder lehnten die Übernahme ab, da keine medizinische Notwendigkeit gegeben sei. Das war, wie die Sprecherin der Elterninitiativen bitter vermerkte, „ein Rennen gegen eine Gummiwand vor Ort“.

Nach dem Erörterungstermin des Petitionsausschusses waren sich Abgeordnete aller Fraktionen schnell einig, dass der Abgrenzungsstreit zwischen dem Leistungsumfang besonderer heilpädagogischer Einrichtungen und den darüber hinaus medizinisch notwendigen Therapien im Rahmen der GKV nicht länger zu Lasten der behinderten Kinder gehen dürfe, die zum Teil monatelang ohne jede Therapie waren. Hier müsse schnell geholfen werden.

Mit dem Abschluss der Vereinbarung zur Heilmittelversorgung von behinderten Kindern ist ein großer Schritt getan. Nun liegt die Verantwortung bei den Akteuren: Krankenkassen müssen in begründeten Fällen die Kosten für Therapien in den Betreuungseinrichtungen übernehmen, der Landschaftsverband für bedarfsgerechte Personal- und Sachausstattung ihrer Kinderbetreuungseinrichtungen sorgen und die Kassenärztliche Vereinigung ihre Ärzte darüber informieren, dass Verordnungen bei medizinischer Notwendigkeit ausgestellt werden müssen – unabhängig von Wirtschaftlichkeitsaspekten.

Foto: Schälte

Halbjahresbericht
des Petitionsausschusses
16. April 2008

Videoüberwachung im Visier

Experten befürworten Kameraeinsatz auf öffentlichen Plätzen

Für weitere fünf Jahre will die Landesregierung die Videoüberwachung von öffentlichen Plätzen ermöglichen. Laut Polizeigesetz ist die Videoüberwachung in Nordrhein-Westfalen nur noch bis zum 24. Juli 2008 erlaubt. Der Landtag muss deshalb über eine Änderung des Polizeigesetzes (Entwurf der Landesregierung Drs. 14/6096) entscheiden. Im Innenausschuss (Vorsitz Winfried Schittges, CDU) bewerteten jetzt Sachverständige das Vorhaben der Landesregierung.



Foto: Schälte

Der nordrhein-westfälische Innenminister Dr. Ingo Wolf (FDP) hatte die Ausschussmitglieder bereits vor der Anhörung schriftlich über die bisherige Praxis der öffentlichen Videoüberwachung informiert (Drs. 14/1628). Demnach sind zurzeit 19 Videokameras an insgesamt vier „Kriminalitätsbrennpunkten“ in Bielefeld, Coesfeld, Düsseldorf und Mönchengladbach im Einsatz. Laut Bericht habe sich die Videoüberwachung an öffentlichen Plätzen dabei als „unterstützendes Einsatzmittel im Bereich der Gefahrenabwehr“ erwiesen.

Dementsprechend befürwortete ein Großteil der Sachverständigen die Fristverlängerung für den Einsatz von Videokameras. So betonte Frank Richter, Landesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei NRW, die Videoüberwachung habe das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger steigern können. Außerdem sei es durch die Kameras nicht zu einer befürchteten Verlagerung von Kriminalität gekommen. Ein Anstieg von Straftaten in benachbarten, nicht videoüberwachten Örtlichkeiten sei ausgeblieben.

Weitere Änderungen im Polizeigesetz forderte anschließend Rainer Wendt als Landesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft im DGB. Die von der Landesregierung vorgesehene Fristverlängerung sei zwar richtig, aber nicht weitreichend genug. „In ganz Nordrhein-Westfalen sind lediglich 19 Kameras im Einsatz. Das entspricht in etwa der Kameradichte einer einzigen Aldi- oder Lidl-Filiale“, so Wendt. Die Abgeordneten im Innenausschuss forderte er

auf, Konzepte gegen die „Bespitzelung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern“ zu entwickeln. Es könne jedoch nicht sein, dass der öffentliche Einsatz von Videokameras auf diejenigen Örtlichkeiten beschränkt bleibe, die sich bereits zu „Kriminalitätsbrennpunkten“ entwickelt hätten. „Diese Praxis läuft dem Grundgedanken einer präventiven Gefahrenabwehr zuwider“, sagte der Sachverständige.

VORBEHALTE

Die Frage nach der Speicherung von Videoaufnahmen griff Wilfried Albishausen, Landesvorsitzender im Bund Deutscher Kriminalbeamter, auf. Er sprach sich dafür aus, die Kamerabilder für einen längeren Zeitraum zu speichern, um Straftäter verfolgen zu können. „Den Opfern von Kriminalität ist dies besonders wichtig“, meinte der Experte. Kritisch setzte sich im Innenausschuss Professor Dr. Hans-Jörg Bücking mit der Wirkung von Videokameras auseinander. „Bisher können wir keine klaren Aussagen über die Wirksamkeit der Kameras tätigen“, so der Sachverständige der Bielefelder Fachhochschule für öffentliche Verwaltung. Er forderte in seiner Stellungnahme, die wissenschaftliche Begleitung des Kameraeinsatzes zu verbessern, um nachvollziehbare Erkenntnisse zu gewinnen.

Aus der Praxis der Videoüberwachung berichtete der Bielefelder Polizeipräsident Erwin Südfeld den Abgeordneten. Der Einsatz von Kameras im Ravensberger Park in Bielefeld

habe zur Kriminalitätsbekämpfung beitragen können. „Ich habe allerdings Zweifel an der Nachhaltigkeit dieser Entwicklung“, erklärte Südfeld. „Wenn wir die Kameras jetzt abschalten, dann müssten wir mit Rückfällen rechnen.“ Sein Kölner Amtskollege, Polizeipräsident Klaus Steffenhagen, sah hingegen keinen Anlass, Videokameras einzusetzen. „Unsere Fachleute haben dies geprüft. Wir haben für die Videoüberwachung keine geeigneten Örtlichkeiten.“ Außerdem seien der Kölner Hauptbahnhof und der Neumarkt bereits durch Kameras der Verkehrsbetriebe überwacht. Diese Maßnahmen hätten jedoch keine Auswirkungen auf einen Rückgang der Kriminalität gezeigt.

Gegen eine fortgeführte Videoüberwachung bezog schließlich die Landesbeauftragte für den Datenschutz, Bettina Sokol, Stellung. Der Einsatz von Kameras auf öffentlichen Plätzen bedeute einen „Grundrechtseingriff von hoher Intensität“. Sokol gab zu bedenken, dass von der Videoüberwachung vor allem rechtstreue Menschen betroffen seien, die ohne ein Verschulden ins Visier der Kamera geraten könnten. Die Landesbeauftragte meinte, die Videoüberwachung sei weder für die Aufklärungsrate noch für die Verbrechensrate bedeutend. Ihr Appell an die Abgeordneten: „Lassen Sie die Frist auslaufen, und lassen Sie uns die Kosten für die Videoüberwachung sparen.“ SW

+++Aktuelles+++ aus den Ausschüssen

Bürgerinnen und Bürger haben manchmal Ärger mit Ämtern und Behörden. Der **Petitionsausschuss** (Vorsitz Inge Howe, SPD) des Landtags hilft. Die nächste Sprechstunde in der Dependance des Landtags, der Villa Horion, ist für den 23. Juni 2008 vorgesehen. Um daran teilnehmen zu können, ist eine telefonische Anmeldung unter der Nummer 0211/884-4444 erforderlich.

+++

Mit der Zukunft der Arbeitslosenzentren im Land befasste sich erneut der **Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales** (Vorsitz Günter Garbrecht, SPD). Die SPD-Fraktion sieht die Arbeit der Beratungsstellen und Zentren gefährdet, da die Landesregierung die Angebote ab Oktober 2008 nicht mehr mit Mitteln aus dem Europäischen Sozialfonds finanzieren wolle. Die Forderungen der Sozialdemokraten, die Angebote zu erhalten (Drs. 14/4866), waren bereits Thema einer Expertenanhörung im Ausschuss. „Dort haben wir gehört, wie wichtig die Leistungen der Arbeitslosenzentren sind“, fasste Rainer Schmelzter (SPD) seine Eindrücke zusammen. Darauf meinte die Abgeordnete Barbara Stefens (GRÜNE): „Wir müssen einen Weg finden, wie wird die Schließung der Zentren verhindern können.“ Für das Arbeitsministerium erklärte Staatssekretär Prof. Stefan Winter, die Landesregierung befinde sich in konstruktiven Gesprächen mit den betroffenen Kommunen. Ein Fortbestand der Arbeitslosenzentren ohne Zuschüsse aus dem Europäischen Sozialfonds sei möglich.

+++

Die **Enquetekommission** zu den „Auswirkungen längerfristig stark steigender Preise von Öl- und Gasimporten auf die Wirtschaft und die Verbraucherinnen und Verbraucher in NRW“ (Vorsitz Reiner Priggen, GRÜNE) hat ihre Arbeit beendet und die Ergebnisse auf einer Pressekonferenz im Landtag vorgestellt. Die dramatische Preisentwicklung von Öl und Gas mache deutlich, wie wichtig

die Befassung mit diesem Thema sei, erklärte der Vorsitzende Priggen. Er betonte, dass es der Kommission nicht gelungen sei, zu einer einheitlichen Empfehlung zu kommen. Der Bericht gliedere sich daher in einen Abschlussbericht der Mehrheit von CDU und FDP sowie in ein Sondervotum, welches von SPD und GRÜNEN verfasst worden ist. Die unterschiedlichen Auffassungen zwischen den Obleuten der Fraktionen, Christian Weisbrich (CDU) und Dietmar Brockes (FDP) auf der einen sowie Uwe Leuchtenberg (SPD) und Reiner Priggen (GRÜNE) auf der anderen Seite, würden zum Beispiel in der Rolle des Staates sowie in der Einschätzung über die weitere Entwicklung der Energievorräte deutlich. Der Landtag diskutiert den Bericht der Kommission in seiner Sitzung am 14. Mai.

Die Landesregierung plant für Juni eine Fachtagung zusammen mit den kommunalen Spitzenverbänden. Dabei soll über Strategien gegen einen Einzug rechtsextremistischer Parteien in die Stadträte und Kreistage bei der bevorstehen-



+++

den Kommunalwahl gesprochen werden. Im **Hauptausschuss** (Vorsitzender Werner Jostmeier, CDU) erklärte der Leiter des NRW-Verfassungsschutzes, mit der Tagung sollten der Rechtsextremismus eingedämmt und das bürgerschaftliche Engagement gestärkt werden. Es sei erklärtes Ziel dieser Gruppierungen, über die Arbeit in den Kommunalparlamenten, durch unreflektierte Globalisierungskritik und diffuse Islamfurcht den Boden für einen Einzug in den Landtag zu bereiten. „Darauf müssen wir jetzt reagieren. Die NPD stellt sich auf. Sie verfügt schon in 45 von 54 Kreisen und kreisfreien Städten im Land über arbeitsfähige Strukturen“, sagte Dr. Hartwig Möller vom Innenministerium. „Pro NRW“ habe acht Verbände im Land gegründet und verstärkte vor Schulen die Propagandaarbeit unter jungen Leuten.

Gespräche mit über 200 Gefangenen und ebenso vielen Haftbediensteten liegen dem Jahresbericht 2007/2008 für den Justizvollzug zugrunde, den der Ombudsmann Rolf Söhnchen den Abgeordneten im **Rechtsausschuss** (Vorsitz Dr. Robert Orth, FDP) vorstellte. Söhnchen, der nach dem Foltermord in der JVA Siegburg als Ombudsmann bestellt wurde, sah es als notwendig an, das „Betriebsklima“ in den Haftanstalten weiter zu verbessern. Erforderlich seien außerdem Weiterbildungen der Führungskräfte auf mittlerer Ebene, die Aufarbeitung der hohen Zahl von Krankenständen sowie eine intensivere Betreuung stark belasteter Bediensteter und Gefangener, betonte Söhnchen. Zur Vertiefung der Erkenntnisse schlug Monika Düker (GRÜNE) vor, eine flächendeckende Mitarbeiterbefragung vorzunehmen. Dies habe bereits bei der Polizei zu positiven Ergebnissen geführt. Harald Giebels (CDU) hob hervor, dass die nicht unumstrittene Einführung eines Ombudsmannes als Ansprechpartner für Häftlinge und Bedienstete eine gute Entscheidung gewesen sei. Der vorliegende Bericht stelle den Strafvollzug im Detail auf den Prüfstand. Justizministerin Roswitha Müller-Piepenkötter (CDU) sowie Abgeordnete aller Fraktionen dankten Söhnchen für die engagierte Arbeit. Der Bericht enthalte viele wertvolle Anregungen und werde „keinesfalls in der Schublade verschwinden“, versprach die Ministerin.

Einen Platz am Mittagstisch möchten die GRÜNEN allen Kindern in Tageseinrichtungen bieten. Der **Ausschuss für Generationen, Familie und Integration** (Vorsitz Andrea Milz, CDU) befasste sich jetzt mit deren Antrag „Alle Kinder essen mit – auch im Kindergarten“ (Drs. 14/6334). Dass ein warmes und gesundes Mittagessen einem jeden Kind unabhängig von der finanziellen Situation in den Familien zustehen müsse, bejahten die Abgeordneten aller Fraktionen. Uneinigkeit bestand allerdings bei Zuständigkeit und Umsetzung. Während CDU und FDP die Tageseinrichtungen und Kommunen in die Verantwortung nahmen, forderten SPD und GRÜNE eine Grundversorgung durch die Landesregierung. Das Thema soll jetzt in eine fraktionsübergreifende Initiative umgewandelt werden.

„Als ob eine Bombe eingeschlagen hätte“

Abholzmaßnahmen des Landesbetriebs Straßenbau in der Kritik

Über die Situation der Straßenrandbegrünung und die Rodungspraxis an der A 40 informierte sich jetzt der Unterausschuss „Landesbetriebe und Sondervermögen“ des Haushalts- und Finanzausschusses (Vorsitz Manfred Luckey, CDU). Die GRÜNE-Fraktion hatte einen Bericht des Landesbetriebs Straßenbau NRW über die Zustände vor Ort beantragt.

Der grüne Abgeordnete Ewald Groth kritisierte die Rodungspraxis entlang der Autobahn zwischen Bochum-Werne und Dortmund-Lütgendortmund. Der vorhandene Baumbestand werde „auf die billigste Art und Weise“ abgeholzt, um Platz für weitere Fahrstreifen zu schaffen. Harald Schartau von der SPD schloss sich dieser Kritik an. Er kenne den betroffenen Abschnitt der A 40 gut. „Dort sieht es momentan aus, als ob eine Bombe eingeschlagen hätte“, erklärte Schartau im Unterausschuss.

Winfried Pudenz, Hauptgeschäftsführer des Landesbetriebs Straßenbau NRW, verteidigte die Maßnahmen an der A 40. Die Gehölzpflegepraxis sei durch das nordrhein-westfälische Landschaftsgesetz und entsprechende Richtlinien geregelt, führte er aus. Die Gehölzpflege werde teils durch Mitarbeiter des Landesbetriebs, teils durch private Fachfirmen vorgenommen, die in öffentlichen Ausschreibungen den Zuschlag erhalten hätten. In beiden Fällen verrichteten ausschließlich Fachingenieure die Fällarbeiten, nachdem sie durch Mitarbeiter des Landesbetriebes vor Ort eingewiesen worden seien, berichtete Pudenz. Die betroffenen Bäume könnten aus Platzgründen nicht stehenbleiben. Die Anschlussstellen lägen so dicht beieinander, dass die Baumreihen dem Ausbau der A 40 weichen müssten. Rückschnitt und Rodung seien daher als notwendige Maßnahmen anzusehen. Pudenz betonte darüber hinaus, die Bürgerinnen und Bürger

seien zu jeder Zeit ausreichend über die Arbeiten informiert gewesen, beispielsweise über die Internetseite des Landesbetriebs.

STAUB- UND LÄRMSCHUTZ

Dagegen meinte Ewald Groth (GRÜNE), die Information der Bürger sei durch die Internetseite allein nicht gewährleistet. Er plädierte dafür, die Begrünung der A 40 nach Ende der Baumaßnahmen direkt am Fahrbahnrand und nicht „auf dem freien Feld“ wiederherzustellen, damit Staub- und Lärmschutz für die Anwohner gewährleistet blieben. Nach dem Verbleib des gerodeten Baumbestandes erkundigte sich Harald Schartau (SPD). Der Vertreter des Landesbetriebs: Abtransport und Entsorgung seien den beauftragten Firmen übertragen. Diese würden das Holz meistens häckseln und an den Autobahnrandern „verblasen“. Verständnis für die Rodungspraxis äußerte im Unterausschuss der CDU-Abgeordnete Winfried Schittges. Die Profis würden weniger radikal abholzen als etwa der „Hobbygärtner im eigenen Garten“, wollte der Christdemokrat festgehalten wissen. Die optische Vorstellung des Einzelnen sei im Straßenverkehr zweitrangig und ein Beischnitt wie an der A 40 notwendig.

Als Beispiel für eine gelungene Umgestaltung nannte der Sprecher des Landesbetriebs die Straßenbegrünung an der Bundesautobahn 31 bei Bottrop-Kirchhellen, die 2004 durchge-

führt worden sei. Bereits im September 2005 habe man dort die gewünschten Veränderungen sehen können: Im unteren Teil der Böschung sei die Begrünung „auf den Stock gesetzt“ worden, um eine buschige Bepflanzung zu erreichen. Erst im oberen, hinteren Teil der Böschung begünne der eigentliche Baumbestand – in sicherer Entfernung für den Autofahrer. Insgesamt sei die dichte Begrünung an dieser Stelle ein Musterbeispiel für die Straßenrandbepflanzung in NRW. Da die Platzsituation an der A 40 zwischen Bochum und Dortmund jedoch völlig anders sei, könne dort der Landesbetrieb eine ideale Lösung wie an der A 31 bei Bottrop nicht realisieren. Die A 40 werde aus Platzgründen immer ein Problem darstellen.

Abschließend betonte Pudenz, dass bei den 230 Gehölzpflegearbeiten, die der Landesbetrieb allein im Januar und Februar 2008 vorgenommen habe, lediglich zwei Maßnahmen von der Öffentlichkeit kritisiert worden seien. Er lud den Abgeordneten Groth ein, gemeinsam mit ihm die A 40 abzufahren und einzelne Aspekte der Straßenbegrünung vor Ort zu besprechen. Der Abgeordnete nahm diese Einladung an, allerdings unter der Voraussetzung, dass Vertreter der Initiative „Pro Grün“ und die örtliche Presse einbezogen würden. Die Abgeordneten im Unterausschuss „Landesbetriebe und Sondervermögen“ – insbesondere der CDU-Sprecher Dr. Jens Petersen – regten an, demnächst solle sich der Umweltausschuss des Landtags mit der Thematik befassen. **BV**

„Ein Meilenstein auf dem Weg zu einem starken Europa der Regionen“

Der im Dezember 2007 von den europäischen Staats- und Regierungschefs unterzeichnete Vertrag von Lissabon ist ein Meilenstein auf dem Weg zu einem starken und zukunftsfesten Europa der Regionen“, freut sich die europapolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion, Ilka von Boeselager, angesichts der Ende Mai dieses Jahres anstehenden Ratifizierung des Vertragswerks im Deutschen Bundesrat.



Die CDU-Landtagsabgeordnete erinnerte an den maßgeblichen Beitrag der deutschen und portugiesischen EU-Ratspräsidentschaften zur Aushandlung des Vertrags von Lissabon im vergangenen Jahr. So sei es das zentrale Verdienst der deutschen EU-

Ratspräsidentschaft gewesen, die Reform der Europäischen Union durch die Belebung des Vertragsreformprozesses fortzusetzen. Der portugiesische Vorsitz habe sodann das Mandat des Europäischen Rats vom Juni 2007 zügig umgesetzt und die Detailausarbeitung des neuen EU-Reformvertrags zum Jahresende 2007 erfolgreich abgeschlossen.

Von Boeselager: „Mit der Einführung verbesserter Abstimmungsverfahren im EU-Ministerrat nach einer

Übergangsfrist, der Schaffung klarer Kompetenzkategorien zwischen regionaler, nationaler und europäischer Ebene, der Gewährleistung effizienter europäischer Institutionen sowie der Herstellung der Rechtsverbindlichkeit der eu-

ropäischen Grundrechtecharta, finden sich im Vertragstext zentrale Bestandteile für ein bürgernahe Europa wieder.“

Die Christdemokratin betonte, dass es für die CDU-Landtagsfraktion von besonderer Bedeutung sei, dass der Vertrag von Lissabon das Subsidiaritätsprinzip europäischer Politik nachhaltig verbessere, die europäischen Einflussmöglichkeiten der nationalen und regionalen Parlamente ausbaue und klare Kriterien für die Erweiterungspolitik beinhalte. Im Herbst vergangenen Jahres sei dieser Standpunkt auch bereits frühzeitig durch einen Antrag der Koalitionsfraktionen im Düsseldorfer Landtag parlamentarisch bekräftigt worden.

„Der Vertrag von Lissabon weist den Weg zu einem bürgerfreundlichen Europa, das nah bei den Menschen vor Ort ist. Jetzt muss alles daran gesetzt werden, den weiteren Ratifizierungsprozess des Vertragswerks positiv zu begleiten, damit der Vertrag noch vor den Europawahlen 2009 in Kraft treten kann“, so von Boeselager. ■

Otto Graf Lambsdorff zu Gast bei der FDP-Fraktion



Ein ausdrückliches Lob für die Arbeit der FDP-Landtagsfraktion und der FDP-Minister in der schwarz-gelben Koalition in Düsseldorf hat der FDP-Ehrenvorsitzende und langjährige Bundeswirtschaftsminister, Otto Graf Lambsdorff, bei einem Besuch im Landtag ausgesprochen. „Die Koalition in Nordrhein-Westfalen funktioniert gut und ist erfolgreich. Insbesondere die FDP-Fraktion und ihre Minister leisten dazu einen entscheidenden Beitrag“, betonte Lambsdorff, den die FDP-Fraktion als Gast bei ihrer Sitzung begrüßen konnte. FDP-Fraktionschef Gerhard Papke hatte den ehemaligen Bundeswirtschaftsminister zu einer politischen Aussprache über landes- und bundespolitische Themen in den Düsseldorfer Landtag eingeladen. Insgesamt

bescheinigte der ehemalige Bundeswirtschaftsminister dem Land Nordrhein-Westfalen eine außerordentlich positive Entwicklung, seit die schwarz-gelbe Koalition im Jahr 2005 die Regierungsverantwortung übernommen hat. Doch so hervorragend die Bewertung für die



schwarz-gelbe Koalition in Düsseldorf ausfiel, so negativ urteilte Otto Graf Lambsdorff über die Arbeit der Koalition aus SPD und CDU in Berlin. Von der Finanz- bis zur Familienpolitik prangerte der ehemalige Bundeswirtschaftsminister ordnungspolitische Fehler der Großen

Koalition im Bund an. Kritisch bewerteten Gerhard Papke und Otto Graf Lambsdorff auch die Rentenvorschläge der CDU. Die CDU habe nicht beantwortet, wie höhere Renten für Geringverdiener finanziert werden sollen, bemängelte Lambsdorff. Wenn dies mit Steuergeldern erfolgen sollte, würden den jüngeren Generationen auf lange Sicht zusätzliche Lasten in Milliardenhöhe aufgebürdet, betonte Papke. Die FDP will stattdessen, dass Anreize für eine kapitalgedeckte und damit wirksame Altersvorsorge geschaffen werden. ■

Texte in alleiniger Verantwortung der Fraktionen

SPD-Landtagsfraktion tagte im historischen Aachener Rathaus



Die Europapolitik stand im Mittelpunkt der auswärtigen Fraktionssitzung der SPD-Landtagsfraktion am 22. April 2008 im historischen Aachener Rathaus. Im Dreiländereck zwischen Deutschland, Belgien und den Niederlanden diskutierten die Abgeordneten mit regionalen Vertretern über die Fortschritte in der grenzüberschreitenden

Zusammenarbeit, aber auch über die Hürden und vielen kleinen Hindernisse. Karl Heinz Lambertz, der Ministerpräsident der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens berichtete zu konkreten Erfahrungen in der Zusammenarbeit über Grenzen hinweg. Manfred Bausch aus der Geschäftsstelle der Regio Aachen, Dr. Helmut Greif von der Aachener Gesellschaft für Innovation und Technologietransfer und Nico van den Ham, der die niederländische Nachbargemeinde Heerlen vertrat, zeigten die großen Chancen, aber auch die teils verblüffenden Probleme in der Kooperation auf.

Im Zentrum stand die Verabschiedung der Aachener Europaerklärung der SPD-Landtagsfraktion „Nordrhein-Westfalen ist Teil einer starken nordwesteuropäischen Region“. Wir verstehen NRW hierbei als Teil einer

größeren Nordwestregion, die neben unserem Land, Belgien, Luxemburg, die Niederlande und Nordfrankreich umfasst und eine der wirtschaftlich bedeutendsten Kernregionen Europas ist. Die wirtschaftlichen Zukunftsperspektiven für unser Land sind eng verknüpft mit dem weiteren Erfolg des gemeinsamen Marktes.

Aus unserer Sicht müssen die Euregios als Keimzelle der Nordwestregion begriffen und weiterentwickelt werden. Sie sollten bei der Stärkung der Zusammenarbeit und Zusammengehörigkeit Schrittmacher sein. Insbesondere die Euregio Maas-Rhein bietet sich als Zukunftswerkstatt an, in der neue Formen der Europäischen Kooperation erprobt werden sollten. In den letzten Jahrzehnten sind viele Brücken über die Grenzen hinweg errichtet worden. Es ist Zeit mehr zu wagen. Hier sind aus unserer Sicht in den letzten drei Jahren viele Chancen verpasst worden.

Die Aachener Europaerklärung finden Sie auch auf unserer Homepage: www.spd-fraktion.landtag.nrw.de



Beuys & Girls

Ab sofort schaut Joseph Beuys der Fraktionsvorsitzenden Sylvia Löhrmann über die Schulter, wenn sie die Sitzungen im Fraktionssaal leitet... natürlich nur als Bild. Bei der Enthüllung des großformatigen Werks war nicht nur der Künstler Hubert Wichelmann aus Köln zugegen, sondern auch Lukas Beckmann, langjähriger politischer Weggefährte von Beuys und seit 1990 Fraktionsgeschäftsführer der Grünen im Bundestag, sowie Johannes Stüttgen, Meisterschüler des 1986 verstorbenen Künstlers.

WARUM BEUYS?

Dies erklärt Oliver Keymis MdL, Landtagsvizepräsident und kulturpolitischer Sprecher so: „Joseph Beuys verband von Anfang an Kunst mit Politik und gesellschaftlichen Entwicklungen. Seit den 70ern engagierte er sich u. a. für direkte Demokratie durch Volksabstimmungen und war schließlich im Januar 1980 Gründungsmitglied der Grünen auf Bundesebene. Joseph Beuys steht für ein Denken ohne Schranken und für den Wandel des Denkens in künstlerischer wie

politischer Perspektive. Auch daran wird künftig dieses Bild die Grüne Fraktion erinnern.“

In seiner „Enthüllungsrede“ erläutert der Künstler Hubert Wichelmann: „Da ich mich den Inhalten der grünen Politik seit Gründung der Partei verbunden fühle, würde es mich umso mehr freuen, und bei aller Bescheidenheit auch ein wenig stolz machen, mit dem Porträt von Joseph Beuys eine Inspirationsquelle geschaffen zu haben, die erinnert an ein Aufbruch-Gefühl noch ohne tagespolitische Abgeklärtheit, die an Wandel durch kreatives Denken glaubt, und immer wieder innehalten lässt, wenn es innenwidrig kalt zu werden droht... Wenn eine Fraktion willens ist, sich täglich der visuellen Aussage eines Bildes zu stellen, das symbolisch an Gründungswerte der Partei erinnert, zeigt sie damit eindrucksvoll die immer noch gültige Existenz eben dieser Werte in der politischen Arbeit.“

Mit als erste konnte sich eine Gruppe von 20 Frauen aus Solingen mit dem Herkunftsland Türkei – unter anderem – auch das neue Bild anschauen. Bei ihrem Besuch ging es allerdings vor allem um spezielle Themen wie das Staatsangehörigkeitsrecht und konkrete Probleme des

DIE GRÜNEN — im Landtag NRW



Mit im Bild: Die grüne Fraktionsvorsitzende Sylvia Löhrmann aus Solingen und die migrationspolitische Sprecherin Andrea Asch.

Alltags. So ist die aktuelle Rentendebatte insbesondere ein Problem von MigrantInnen, die seit Jahrzehnten überdurchschnittlich häufig im Niedriglohnssektor arbeiten. Kritik übten die Besucherinnen auch an der mangelnden Kontinuität bei der Förderung von Begegnungsprojekten, die immer nur ein Jahr lang finanziert würden.

Auch dies ist eine Diskussion, die aus Grüner Sicht ganz im Sinne Beuys' steht.

Schule und Kultur

Bildung ist mehr als Wissensvermittlung: Masisches einbeziehen

Schon etwas von „Jeki“ gehört? Beim ersten Mal kann es etwas schräg in den Ohren klingen, wenn ein junger Mensch auf der Geige kratzt oder aufs Schlagzeug haut. Gerade um diese erste Begegnung mit der Musik geht es: Hinter „Jeki“ verbirgt sich das Landesprogramm „Jedem Kind ein Instrument“, zu dem im Kulturausschuss (Vorsitz Dr. Fritz Behrens, SPD) eine erste Bilanz gezogen wurde.

Ganz ohne Misstöne: „Tolles Projekt, das loben wir sehr“, stellte Claudia Nell-Paul von der SPD fest. Ihr Gegenüber Professor Dr. Thomas Sternberg (CDU) strich heraus, alle Kinder würden erreicht, auch Migrantenkinder und Kinder aus „bürgerlich-bildungsfernen Kreisen“. Gerade diesen Effekt müsse man im weiteren Verlauf deutlich im Auge behalten, fand Angela Freimuth (FDP).

Seit Beginn des Schuljahrs 2007/2008 ist das musikpädagogische Modellprogramm „Jedem Kind ein Instrument“ im Ruhrgebiet an den Start gegangen. „Mit vollem Erfolg“, wie die Landesregierung feststellt. In insgesamt 34 Revierkommunen mit 7.300 Schulen haben sich 223 Grundschulen beteiligt. In der zweiten Stufe sollen ab kommendem Schuljahr weitere Musikschulen, Grundschulen und 20.000 Kinder hinzukommen.

Dabei wird das Programm inhaltlich weiterentwickelt. Das erste Jahr wird für alle Erstklässler der beteiligten Grundschulen in den Unterricht integriert werden. Und – das ist für Eltern und Kinder eine frohe Botschaft – die Teilnahmegebühren fallen für dieses erste Jahr weg. Da gerade vom Geld die Rede ist: Der Kauf der (Leih-)Instrumente soll zur Hälfte von der Stiftung finanziert werden. Dass der Rest vor Ort bereitgestellt werden kann, darüber zeigte

sich der Sprecher der Stiftung, Manfred Grunenberg, „optimistisch“, wie er sagte.

Die Stiftung geht auf eine Initiative in Bochum zurück. Dort nämlich ging die Musikschule Bochum 2003 mit dieser Idee und der Unterstützung der Zukunftsstiftung Bildung in der GLS Treuhand in die Grundschulen der Stadt. Zusammen mit der Kulturstiftung des Bundes und der NRW-Landesregierung wurde das Konzept ausgeweitet mit dem Ziel, bis zum Jahr der Kulturhauptstadt 2010 alle Kinder des Ruhrgebiets mit dem Programm zu erreichen. Schirmherr ist Bundespräsident Horst Köhler. Gegenüber der Kulturstiftung des Bundes hat sich das Land verpflichtet, das Projekt fortzuführen und schrittweise auf das ganze Land auszudehnen.

POSITIVES ECHO

Mit „Jedem Kind ein Instrument“ erreicht man viel mehr, als dass sich beim Üben zuhause Eltern und Geschwister die Ohren zuhalten. Wenn es so kommt, dass sich im zweiten Jahr möglichst viele Jungen und Mädchen entschließen, ein Instrument zu erlernen, „dann ist das nicht nur ein Gewinn für die musische Bildung, sondern für die Schule und die Förderung von Kindern generell“. Außerdem würden von der

fachlichen Zusammenarbeit zwischen Grundschul- und Musiklehrkräften beide Seiten profitieren. Davon ist Schulministerin Barbara Sommer (CDU) überzeugt.

Den Wert musisch-kultureller Bildung unterstreicht das zweite Programm, das in dieser Sitzung des Kulturausschusses zur Sprache kam. Dr. Susanne Keuchel, stellvertretende Direktorin des Zentrums für Kulturforschung Bonn, trug den Abgeordneten die Auswertung des Landesprogramms „Kultur und Schule“ vor. Auch hier ist zu Beginn der Schwerpunkt auf den Primarbereich, vor allem bei den offenen Ganztagsgrundschulen, gesetzt worden. Die Landesregierung verfolgt mit dem Programm das Ziel, die musisch-kulturelle Bildung in Schulen und Kommunen zu stärken und bei den jungen Leuten die sogenannte „ästhetische Intelligenz“ zu fördern. Sie sollen während ihrer Schulzeit mit möglichst allen Sparten der Kunst in Berührung kommen. Vielleicht stellen sie dabei Neigung oder besondere Begabung fest und entschließen sich sogar, auf Dauer eine musisch-kulturelle Tätigkeit aktiv auszuüben.

Die intensive Zusammenarbeit zwischen Schule und Kultur bedeute ein Plus in Chancengleichheit, betonte Keuchel beim Vortrag der Evaluation. Schule sei schließlich der Ort, wo alle Kinder immer erreicht werden können. Im ersten Förderjahr habe es 707 Projekte an 674 Schulen gegeben. Im zweiten Förderjahr, in dem eine stärkere Einbindung der Kommunen angestrebt wird, soll die Zahl der beteiligten Schulen auf 1.034 ausgedehnt werden. Auch die beteiligten Künstlerinnen und Künstler sind offenbar zufrieden: knapp 70 Prozent wollen im zweiten Förderjahr wieder mitmachen. Bei den befragten Schulleitern sind es noch mehr: 74 Prozent. Acht von zehn Eltern haben ihre Nachfrage nach weiteren Kunstprojekten erklärt und bestätigt, dass bei 65 Prozent der Schülerinnen und Schüler ein weiterführendes Interesse an künstlerischen Projekten geweckt worden ist. JK



Russische Gäste ...

... wurden im Landtag von Vizepräsident Edgar Moron (2.v.l.) empfangen: Auf Vermittlung von Lutz Lienenkämper (CDU, l.) erörterte eine Delegation aus Kaluga die gute wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Russland und seinem wichtigsten Außenhandelspartner Deutschland. Die Delegation wurde geleitet vom Präsidenten der Gesetzgebenden Versammlung der Region, Pavel Fjedorowitsch Kamensky (2.v.r) und begleitet vom Landrat des Rhein-Kreises Neuss, Dieter Patt (r.). Der Rhein-Kreis Neuss unterhält im Rahmen eines Projektes der EU eine Partnerschaft mit der Region Kaluga, um sie beim Aufbau einer handlungsfähigen Wirtschaftsförderung zu unterstützen.

Foto: Schälte

Porträt: Landtagspräsidentin Regina van Dinther



Wer kennt nicht die sichtbar chirurgisch korrigierten Schauspielerinnen südkalifornischer Provenienz. Gefragt, wie sie sich mit 50 fühlen, heucheln sie gerne in säuselndem Tonfall: „Oh, it's wonderful, honey.“ Regina van Dinther, eine Tochter des Reviers, ist keine Schauspielerin. Ihr glaubt man, wenn sie mit nunmehr 50 Lenzen feststellt: „Ich hab' noch alle Kraft, aber schon viel Erfahrung, 50 ist ein tolles Alter.“ Zum immergrünen Thema Lifting meint die Westfälin, die beim Landtags-Empfang zu Karneval im rheinischen Düsseldorf 108 Prinzen gebürt hat: „Ich bin zu Hause umgeben von Familienmitgliedern, die mit Würde alt geworden sind.“ Mit blitzenden Augen setzt sie hinzu: „Warum soll ich Angst vor dem Alter haben?“

Auch wenn es abgegriffen klingen mag: Diese Frau ist mit sich im Reinen. Sie schaut zurück: „Mit zehn war ich ein glückliches Kind mit Vater, Mutter, vier Geschwistern. Mit 20 trat Chaos in mein Leben, der Vater mit 48 verstorben, meine Zwillingsschwester und ich, beide im zweiten Fachhochschulsemester, mussten uns mit um die Probleme der jüngeren Geschwister kümmern. Mit 30 war meine Welt wieder in Ordnung, ich war im Beruf gut drauf und zum ersten Mal schwanger. Mit 40 Veran-

kerung in der Politik. Jetzt, mit 50, kann ich sagen: Die Arbeit im Landtag macht Spaß, mir geht es gut, der Familie geht's gut.“ Die Familie bekommt Frau Präsidentin selten zu Gesicht. In den ersten beiden Jahren an der Spitze des Parlaments hat die Diplomingenieurin für Bekleidungschnik monatlich zwischen 300 und 360 Stunden gearbeitet. Sie will es künftig bei einer Sechs-Tage-Woche belassen.

Die Ehefrau und Mutter von zwei Kindern (18-jährige Tochter, 16-jähriger Sohn) sagt schöne Geradeaus-Sätze, etwa den über ihren Ehemann: „Der quakt nicht rum, wenn ich spätabends nach Hause komme.“ Der Ehemann ist Anwalt und vereidigter Buchprüfer und Mann für alle Fälle in Haus und Hof in Hattingen. Er gab die Politik auf, nachdem seine Frau 1990 in den Landtag gewählt worden war.

Dass sie 2005 Präsidentin des Parlaments wurde, lag an der energischen Abgeordneten selbst, aber vor allem an „Jürgen“, wie sie den Ministerpräsidenten und Parteifreund nennt. Rüttgers wollte sie an der Spitze der Legislative sehen, und so geschah es nach kurzer Bedenkzeit. Wem der Herr ein Amt gibt ... man möchte den Satz einmal anders vollenden: „... dem gibt er auch Freude daran.“

Heute ist Regina van Dinther Landtagspräsidentin aus voller Überzeugung von der Wichtigkeit der Aufgabe. Wie „toll“ die ist, hat sie erst im Amt gemerkt. Als Präsidentin kommt man herum zwischen Aachen und Bielefeld, auch im europäischen Ausland. Als Präsidentin wird man protokollarisch hofiert, man repräsentiert die gesetzgebende Gewalt, und, nebenbei, man hat das schönste Büro mit Blick auf den breiten Strom. Regina van Dinther verkneift sich eine Bemerkung über Wolfgang Clements fatal-banalen Entschluss, als Ministerpräsident mit allerlei Gewerbetreibenden in ein Mietshaus zu ziehen. Die Präsidentin sagt stattdessen über ihren Dienstsitz: „Dieses Haus ist eines großen Landes wie NRW würdig.“

OFFENES HAUS

Die Präsidentin hat den Landtag zu einem, wie sie es ausdrückt, offenen Haus gemacht. Sie begreift die Veränderung des Ansehens des Parlaments und seiner Abgeordneten als wesentlichen Teil ihrer Aufgabe. Sie will nicht nur die Besucher mit grauen Haaren, sondern auch die jungen Leute locken und einladen,

sich anzuschauen, wo und wie Demokratie für die 18 Millionen Bürger von NRW funktioniert. Ob am Girls' Day vor wenigen Tagen, ob beim Türkei-Abend mit 850 Gästen, beim künftigen Israel-, Niederlande- oder Polenabend – wenn es nach van Dinther ginge, woran nicht zu zweifeln ist, wäre das Haus stets voller Menschen.

Man möchte hinzufügen: So voll wie bei van Dinthers daheim auf dem Hattinger Bauernhof. Dort leben unter einem Dach: Regina van Dinther mit Mann und zwei Kindern, der Schwager mit Frau und drei Kindern, ein allein erziehender Vater mit seinem Sohn. Der Wohnzimmertisch misst 5,20 Meter, er bleibt immer ausgezogen. Die große Familie hält Hühner, sie macht Heu, pflanzt Kartoffeln, sie führt, wie das munter-vitale Geburtstagskind versichert, ein schönes, lustiges Privatleben.

Am 17. Mai findet eine private Doppel-Geburtstags-Sause mit der Zwillingsschwester statt. Eine Woche später gibt's zu Ehren der dann 80 Jahre alten Mutter ein Scheunenfest, im August schließlich eine Grill-Fete mit den Damen der von van Dinther geführten Frauen-Union NRW.

Urlaub macht Regina van Dinther liebend gerne am Lago Maggiore, zum Sport wahrt sie Distanz, neue, unbenutzte Wanderstöcke machen ihr ein schlechtes Gewissen.

Autor: Reinhold Michels

Herausgeberin: Die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen, Regina van Dinther, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

Redaktion: Jürgen Knepper (Chefredakteur), Bernd Schälte (Fotoredaktion)
Redaktionelle Mitarbeit:

Doro Dietsch, Sebastian Wuwer
Telefon (0211) 884-2304, 884-2309, 884-2450 und 884-2137
Fax 884-3070, email@landtag.nrw.de

Redaktionsbeirat: Peter Biesenbach MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Carina Gödecke MdL (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin; Ralf Witzel MdL (FDP), Parlamentarischer Geschäftsführer; Johannes Rimmel MdL (GRÜNE), Parlamentarischer Geschäftsführer; Achim Hermes (CDU), Pressesprecher; Thomas Breustedt (SPD), Pressesprecher; Wibke Op den Akker (FDP), Pressesprecherin; Rudolf Schumacher (GRÜNE), Pressesprecher.

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

Satz: de haar grafikdesign, Köln · www.dehaar.de

Herstellung und Versand:

VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 40231 Düsseldorf

Internet-Adressen: www.landtagintern.de, www.landtag.nrw.de

LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichten Papier gedruckt.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)

Geburtstagsliste

Vom 21. Mai bis 5. Juni 2008

21.5. Dr. Karsten Rudolph (SPD)	46
21.5. Helga Schwarz-Schumann (SPD)	53
22.5. Horst Becker (GRÜNE)	52
23.5. Wolfgang Große Brömer (SPD)	56
23.5. Inge Howe (SPD)	56
23.5. Elke Rühl (CDU)	60
24.5. Oskar Burkert (CDU)	57
24.5. Theo Kruse (CDU)	60
24.5. Lutz Lienenkämper (CDU)	39
25.5. Johannes Remmel (GRÜNE)	46
26.5. Andreas Becker (SPD)	42
27.5. Maria Westerhorstmann (CDU)	56
28.5. Rainer Bischoff (SPD)	50
1.6. Hans-Willi Körfges (SPD)	54
2.6. Petra Schneppe (SPD)	58
3.6. Thomas Stotko (SPD)	42
4.6. Christof Rasche (FDP)	46
5.6. Rudolf Henke (CDU)	54

Professor Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie, ist auf dem Parteitag der Landes-FDP in Münster mit 92,7 Prozent der Delegiertenstimmen in seinem Amt als Vorsitzender der NRW-Liberalen bestätigt worden. Landtagsvizepräsidentin Angela Freimuth wurde mit knapp 82 Prozent als Stellvertreterin erneut gewählt. Christian Lindner wurde mit 85 Prozent als FDP-Generalsekretär bestätigt.

Bei der NRW-Union hat es Änderungen bei der Mitgliedschaft in einigen Ausschüssen gegeben. **Gabriele Kordowski** (CDU) trat im Ausschuss für Arbeit und Gesundheit die Nachfolge von **Werner Lohn** (CDU) an, der neues Mitglied im Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform wurde. **Werner Jostmeier** (CDU) verließ den Ausschuss für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie; an seine Stelle trat **Klaus Kaiser** (CDU). **Friedhelm Ortgies** (CDU) schließlich wurde neues Mitglied im Ausschuss für Bauen und Verkehr.

Landtagsandacht

Der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung, Rolf Krebs, sowie der Leiter des Katholischen Büros, Dr. Karl-Heinz Vogt, laden die Abgeordneten des Landtags NRW am 15. Mai 2008 ein: Um 8 Uhr zum Parlamentsfrühstück im Landtagsrestaurant und um 9 Uhr zur Landtagsandacht im Raum E 3 Z 03.



Markt der Möglichkeiten ...

... war für einen Tag lang das Landesparlament. Am Girls' Day konnten sich Ende vergangenen Monats über 900 Mädchen und junge Frauen über Berufe aus Technik, Handwerk und Naturwissenschaften informieren. Gemeinsam mit allen vier Fraktionen veranstaltete Landtagspräsidentin Regina van Dinker den Aktionstag, um auf berufliche Möglichkeiten außerhalb von typischen „Frauenberufen“ aufmerksam zu machen. Die Landtagspräsidentin hatte die jungen Leute nach der Begrüßung über die Arbeit des nordrhein-westfälischen Landesparlaments unterrichtet, bevor es dann um das Interesse an Berufen ging, in denen Mädchen und junge Frauen immer noch unterrepräsentiert sind.

Foto: Schälte